

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der 2. und 3. Sitzung des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2010/2011 vom 21. Juni 2010

von 18.00 bis 19.30 Uhr und von 20.00 bis 21.55 Uhr

Vorsitz:	U. Bründler-Krismer (CVP)
Protokoll:	K. Lang
Entschuldigt	Beide Sitzungen: U. Brügger (FDP, P. Fuchs (SVP), Ch. Ingold (EVP), D. Schneider (FDP), E. Wettstein (SP),

Traktanden

Trakt. Gesch. Geschäft Nr. Nr.

1.* Protokoll der 22./23. Sitzung des Amtsjahres 2009/2010

Die Geschäfte 2 bis und mit 11 kommen zu Beginn der 4. Sitzung am 28. Juni zur Behandlung!

2. 10/062 Wahl eines Mitgliedes der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle der zurücktretenden G. Bienz (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014
3. 10/053 Wahl von drei Mitgliedern in die Kunstkommission für die Amtsdauer 2010/2014
4. 10/054 Wahl von drei Mitgliedern in die Sportkommission für die Amtsdauer 2010/2014
5. 10/055 Wahl von vier Mitgliedern in die Theaterkommission für die Amtsdauer 2010/2014
6. 10/056 Wahl von sieben Mitgliedern in die Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs für die Amtsdauer 2010/2014
7. 10/057 Wahl von drei Delegierten in den Zweckverband RWU für die Amtsdauer 2010/2014
8. 10/058 Wahl von 14 Mitgliedern der Fürsorgebehörde für die Amtsdauer 2010/2014

9. 10/059 Wahl des Vizepräsidenten / der Vizepräsidentin und vier Mitgliedern der Vormundschaftsbehörde Winterthur für die Amtsdauer 2010/2014
10. 10/060 Wahl von vier Mitgliedern in die Aufsichtskommission Berufsvorbereitungsjahre (BVJ) für die Amtsdauer 2010/2014
11. 10/061 Wahl von vier Mitgliedern in die Aufsichtskommission Metallarbeiterschule (msw) für die Amtsdauer 2010/2014
- 12.* 10/050 Neubestellung des Wahlbüros für die Amtsdauer 2010/2014 (DKD)
- 13.* 10/048 Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation W. Badertscher (SVP) (DKD) betreffend Platzmieten Winterthurer Musikfestwochen
- 14.* 10/029 Abnahme der Jahresrechnung 2009
- 15.* 10/030 Abnahme Geschäftsbericht 2009
- 16.* 10/032 Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle über das Jahr 2009
- 17.* Abnahme Geschäftsbericht 2009 der Ombudsstelle
18. 10/021 Änderung der Richtplanung: Änderungen und Nachführungen des kommunalen Richtplanes - Siedlungs- und Landschaftsplan sowie Verkehrspläne 1 bis 4 (Revisionspaket) (DB)
- 19.* 10/022 Zustimmung zur Liquidation der Fortuna Obertor AG und zum Kauf der Liegenschaft Obertor/Stadthausstr. durch die Stadt Winterthur (DFI)
- 20.* 08/042 Beantwortung der Interpellation Y. Beutler (SP) betreffend Bierlieferverträge (DFI)
21. 09/128 Begründung des Postulats B. Günthard-Maier (FDP) betreffend mehr Geld zur freien Verfügung dank Handlungsmöglichkeit für Parlament (DFI)
22. 09/009 Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Lärmschutz entlang der A1 in Winterthur (DB)
23. 09/116 Begründung des Postulats F. Helg (FDP) betreffend Sonnenenergie von städtischen Dächern (DB)
24. 09/134 Begründung des Postulats F. Landolt (SP), J. Altwegg (Grüne/AL) und L. Banholzer (EVP/EDU/GLP) betreffend Förderung von energetisch sehr sparsamen Gebäuden (DB)
25. 09/033 Beantwortung der Interpellation J. Romer (SP) betreffend Massnahmen gegen Amokläufe und andere Notfälle an Schulen (DSS)
26. 09/099 Beantwortung der Interpellation St. Nyffeler (SVP) betreffend Überprüfung der Strukturen des DSS in Bezug auf Verwaltungsapparat, Personalressourcen und Sparpotenzial im Departement (DSS)
27. 09/065 Beantwortung der Interpellation St. Fritschi (FDP), K. Brand (CVP), (DSS) W. Steiner (SVP) und N. Gugger (EVP/EDU) betreffend subventionierte Krippenplätze bei SalZH
28. 09/087 Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Förderung leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler (DSS)

29. 08/089 Antrag und Bericht zur Motion P. Rütimann (FDP) betreffend Verordnung (DSU) zur Nutzung des öffentlichen Grundes
30. 09/068 Beantwortung der Interpellation Ch. Benz (SP) betreffend Schulwegsicherheit (DSU)
31. 09/086 Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP) betreffend Zusammenlegung Feuerwehr und Zivilschutz zu einer Organisation (DSU)

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B08/310 Akyol Hamza, geb. 1955 und Ehefrau Akyol geb. Yüzaak Hatun, geb. 1959, türkische Staatsangehörige
2. B09/136 Salihi Besnik, geb. 1985, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
3. B09/146 Mahmuljin Nijaz, geb. 1976, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
4. B09/165 Gherman Claris, geb. 1953, dänische Staatsangehörige
5. B09/173 Shitsetsang Kesang Dolkar, geb. 1968, chinesische Staatsangehörige (tibetischer Herk.)
6. B09/182 Ayache Jihad, geb. 1970, mit Kindern Ali, geb. 2006 und Joelle, geb. 2008, libanesischer Staatsangehöriger
7. B09/188 Tongmamunee Supansa, geb. 1979, thailändische Staatsangehörige
8. B09/227 Schneider Christian, geb. 1980, deutscher Staatsangehöriger
9. B09/228 Thaqi Florije, geb. 1964, kosovarische Staatsangehörige
10. B09/229 Agaj Adem, geb. 1957 und Ehefrau Agaj geb. Smajli Havë, geb. 1969, serbische Staatsangehörige
11. B10/026 Tatli Mehmet Siar, geb. 1995, türkischer Staatsangehöriger
12. B10/028 Gigi Nayana, geb. 1996, österreichische Staatsangehörige
13. B10/031 Selimovic Senaida, geb. 1996, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
14. B10/043 Kovac Martin, geb. 1998, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Ratspräsidentin U. Bründler begrüsst zur 2. und 3. Sitzung des Gemeinderates im Amtsjahr 2010/2011. Auch das Herz der Ratspräsidentin schlägt für den Fussball. Das erklärt den ungewohnten Beginn der Sitzung. Am kommenden Montag wird die Sitzung aber um 16.15 Uhr beginnen. In der kurzen Nachtessenspause werden im Festsaal belegte Brote und Getränke serviert.

Mitteilungen

Ratspräsidentin U. Bründler: Teletop hat angefragt, ob heute im Ratssaal gefilmt werden darf. Die Ratspräsidentin hat die Erlaubnis erteilt.

Marc Bernhard bedankt sich mit einer Karte für das Geschenk zur Geburt seines Sohnes.

Am kommenden Montag, 28. Juni 2010 wird ein Photograph neue Fotos für das Internet/Extranet machen. Die aktuellen Fotos sind in die Jahre gekommen. Die Ratspräsidentin hat die Bewilligung zum Fotografieren erteilt.

Die Ratsmitglieder haben eine Einladung und eine CD des Musikkollegiums erhalten. Ratspräsidentin U. Bründler bedankt sich dafür.

Informationen für die neuen Mitglieder des Gemeinderates: Wer das Wort ergreifen will, soll die Hand erheben. Alle Voten werden von der Vizepräsidentin erfasst. Bei der Behandlung von Vorlagen wird zuerst das Wort den Mitgliedern der Sachkommissionen erteilt, dann den übrigen Ratsmitgliedern. Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder ihre Voten wenn möglich der Protokollführerin per Mail zuzustellen. Die Mailadresse lautet: kalang@gmx.ch. Wenn ein Vorstoss eingereicht wird, bittet Jürg Bachmann diesen elektronisch an ihn zu übermitteln. Mailadresse: juerg.bachmann@win.ch. Auch in Zukunft wird bei der Begründung eines Postulats oder einer Motion der zuständige Gemeinderat das Wort erhalten. Er soll den Vorstoss kommentieren. Sollte kein Ablehnungsantrag gestellt werden, entfällt die anschließende Diskussion und der Vorstoss wird kommentarlos an den Stadtrat überwiesen. Ratspräsidentin U. Bründler bittet die Ratsmitglieder, ihr allfällige Ablehnungsanträge im Vorfeld der Ratssitzung per Mail zu übermitteln oder spätestens zu Beginn der Sitzung anzukündigen.

Die Traktandenliste wurde fristgerecht zugestellt. Die Traktanden 2 bis 11 werden am Montag 28. Juni 2010 behandelt, weil sie noch nicht behandlungsreif sind. Das Traktandum 18 wird von der Traktandenliste abgesetzt, da noch kein Beschluss gefasst werden konnte.

Der Rat macht keine Einwendungen, damit ist die Traktandenliste genehmigt

1. Traktandum

Protokoll der 22./23. Sitzung des Amtsjahres 2009/2010

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Ratspräsidentin stellt den Antrag, die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

12. Traktandum

GGR-Nr. 2010/050: Neubestellung des Wahlbüros für die Amtsdauer 2010/2014

Ratspräsidentin U. Bründler teilt im Auftrag des Stadtrates zuhanden des Protokolls mit, dass sich in der Weisung ein Fehler eingeschlichen hat. Folgende Herren, die voraussichtlich Einsitz ins entsprechende Wahlbüro nehmen, sind Vertreter der GLP, nicht der Grünen. Wahlbüro Oberwinterthur: M. Martin, Wahlbüro Veltheim: M. Stöckli, Wahlbüro Wülflingen: T. Gubler. Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder, diesen Fehler zu entschuldigen.

Der Rat: Es gibt keine Wortmeldungen.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über die Wahl abstimmen.

Der Rat stimmt der Neubestellung des Wahlbüros – mit den genannten Änderungen – einstimmig zu.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2010/048: Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation W. Badertscher (SVP) betreffend Platzmiete Winterthurer Musikfestwoche

W. Badertscher (SVP): Die SVP dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Der Stadtrat schreibt in der Einleitung, dass die Festwochen ein fester Bestandteil des Winterthurer Kulturangebots sind. Eine grosse Anzahl der Konzerte ist kostenlos zugänglich. Neben der Openair-Bühne in der Steinberggasse sind weitere Bühnen in der Altstadt zu finden. Das trägt zum Volksfestcharakter der Festwochen bei. Hier sei die Frage erlaubt, ob die Stadt Volksfeste finanzieren soll. Fragen 1 und 2: Obwohl die Stadt diesen Anlass subventioniert, werden den Veranstaltern in Bezug auf den zur Verfügung gestellten Platz keine Vorgaben auferlegt. Das ist unverständlich. Frage 4: Der Systemwechsel bedeutet eine Vereinfachung und ist deshalb nachvollziehbar. Aber sind wirklich alle Wirte mit der Höhe der Pauschale einverstanden oder trauen sie sich nicht Widerstand zu leisten? Wer nicht mitmacht, muss Nachteile in Kauf nehmen. Bei kostenpflichtigen Veranstaltungen müssen die Wirte faktisch das Restaurant schliessen, weil der Zugang versperrt ist. Frage 6: Leider wird in der Interpellationsantwort nicht begründet, weshalb im Vorjahr die Standbetreiber Sonderkonditionen erhalten haben. Ist das vielleicht deshalb der Fall, weil der Standort als schlecht eingestuft wurde?

Frage 7: Die Musikfestwochen werden durch die Stadt mit rund 200'000 Franken subventioniert. In der Aufzählung der Aufgaben und Pflichten steht, dass im Rahmen des Festivals Projekte mit verschiedenen kulturellen Institutionen und Winterthurer Kulturschaffenden zu planen und durchzuführen sind. Im Weiteren sind Winterthurer Musikgruppen und anderen regionalen Kulturschaffenden, unter Wahrung des Qualitätsanspruchs, im Rahmen des Festivals Auftrittsmöglichkeiten zu bieten. Das heisst, die Kulturschaffenden aus Winterthur und Umgebung profitieren von den Subventionen. Hier stellt sich folgende Frage: Wie hoch ist die finanzielle Unterstützung der umliegenden Gemeinden für die Kulturschaffenden aus ihren Wohngemeinden? Ist es die Aufgabe der Stadt, diese Gratisangebote zu unterstützen, wenn gleichzeitig Sanierungen und Neubauten – zum Beispiel das Polizeigebäude – zurückgestellt werden müssen. Die Musikfestwochen leisten sich Mitarbeitende im Umfang von 180 Stellenprozenten, das Salär beträgt 139'000 Franken. Andere Grossanlässe kommen ohne Angestellte aus. Warum nicht die Musikfestwochen? Zusammenfassend zeigt es einmal mehr, wie die Stadt Kulturschaffende gegenüber dem Gewerbe und anderen Veranstaltern bevorzugt. Auch wird in der Antwort mit keinem Wort erwähnt, wer für die Kosten der Reinigung aufkommt. In diesem Sinne nimmt die SVP-Fraktion die Antwort kritisch zur Kenntnis.

F. Künzler (SP) spricht nicht nur im Namen der SP, sondern auch als langjähriges Vorstandsmitglied und Exvizepräsident der Musikfestwochen. Mittlerweile ist F. Künzler in die zweite Reihe zurückgetreten und ist noch in der Funktion eines Revisors für die Musikfestwochen tätig. Er dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort. Diese liest sich fast wie eine Absolution. Das ist auch eine Anerkennung für die unzähligen Stunden, die in den letzten 10 Jahren von den Verantwortlichen der Musikfestwochen investiert wurden. Das Festival ist eine Institution in der Stadt. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung ist glücklich mit den zwei schönsten Wochen im Jahr. Man kann es aber nicht allen Recht machen. Deshalb debattiert der Gemeinderat heute diese Interpellation der SVP. Der Stadtrat attestiert den Verantwortlichen der Musikfestwochen, dass sie alle Standbetreiber gleich behandeln und sich seit Jahren mit viel Aufwand um ein gutes Einvernehmen mit den Anwohnern und den Gewerbetreibenden der Steinberggasse bemühen. Fragen 7 und 8: Die Rechnung der Musikfestwochen ist transparent. Eine Mehrwertsteuerrevision hat die Rechnung mit Bravur bestanden und die städtische Finanzkontrolle ist eingeladen die Bücher zu überprüfen. Die Musikfestwochen halten die Konditionen des Subventionsvertrages ein. Die Veranstalter wollen verlässliche Partner für die Stadt Winterthur sein. Frage 9: Die meisten Gastrobetriebe in der Steinberggasse generieren während der Musikfestwochen viel mehr Umsatz. Standmiete für die Wirte: Es wäre natürlich schön, wenn gar keine Standmiete bezahlt werden müsste. Das

ist aber nicht möglich. 180 Stellenprozente für einen Betrieb mit einem Umsatz von 1,3 Millionen sind nicht viel. F. Künzler dankt dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Er bedankt sich vor allem auch bei den Verantwortlichen der Musikfestwochen, bei den vielen Helferinnen und Helfern, bei den Anwohnenden und bei den Gewerbetreibenden.

D. Berger (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat für die Interpellationsantwort, die alles erklärt. D. Berger ist über den Frontalangriff auf dieses beliebte Fest irritiert. Die Kritik wird sogar mit dem Neubau des Polizeigebäudes verknüpft. Die Gründe für diese Kritik sind für D. Berger nicht nachvollziehbar. Es scheint so, dass die SVP sich der Kritik einer Person anschliesst, die seit 2009 unzufrieden ist, was die Abgaben für einen Stand angeht. Neu wird eine Pauschale verrechnet. Das finden alle anderen Gastrobetriebe gut. Dass anhand der Angabe von einer Person die Behauptung aufgestellt wird, dass ein Gewinn unmöglich erwirtschaftet werden kann, ohne dass die Preise um mehr als 100 % erhöht werden, ist unverständlich, weil es einfach nicht stimmt. Mehrere Stellen waren in die Gespräche mit den Wirten und Standbetreibern involviert. Die Interpellation bezieht sich aber ausschliesslich auf die Aussagen einer unzufriedenen Person. Die Antwort zeigt klar, dass die Musikfestwochen von sehr vielen Leuten besucht werden. Das ist eine Chance für das Gewerbe ein gutes Geschäft zu machen. Nur an den beiden Abenden mit kostenpflichtigen Konzerten ist die Gasse abgesperrt. In der übrigen Zeit ist die Steinberggasse frei zugänglich und jeweils rappellvoll. Wann, wenn nicht während der Musikfestwochen, ist es möglich das grosse Geschäft zu machen.

M. Wenger (FDP): Die FDP-Fraktion dankt für den Bericht und für die Transparenz in dieser Sache. Die Antwort zeigt auf, dass die Sicht der Dinge oft durch eigene Interessen gefärbt sein kann. Dass allen die gleichen Konditionen angeboten werden können, ist nicht einfach – im Sinne einer Gleichbehandlung aber meist richtig. Die FDP nimmt den Bericht des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis.

Stadtpräsident E. Wohlwend: Die Antwort ist keine Absolution, sondern eine ziemlich realistische Einschätzung der Sachlage. Der Stadtrat hat sich informiert und ist überzeugt, dass die Angelegenheit richtig gelöst worden ist. Früher wurde auf den Umsatz der Wirte abgestellt. Die Wirte können während der Musikfestwochen mehr Umsatz generieren. Weil sich die Wirte aber nicht in die Karten schauen lassen wollten, haben sich die Verantwortlichen der Musikfestwochen auf eine Pauschale mit den meisten Wirten einigen können. Der Wirt, der mit den Konditionen nicht einverstanden war, wurde von Stadtpräsident E. Wohlwend zu einem Gespräch empfangen. Er hat eine Sonderstellung, weil sein Restaurant leicht erhöht ist und der Gang ins Freie dadurch erschwert wird. Stadtpräsident E. Wohlwend hat die Verantwortlichen der Musikfestwochen gebeten, mit Augenmass eine Lösung zu finden. Dass Winterthur zentralörtliche Leistungen erbringt, ist eine Tatsache und ist auch eine Aufgabe der Stadt. Der Stadtrat kann nur hoffen, dass der Kantonsrat das am nächsten Montag anerkennt und Winterthur mit den entsprechenden Mitteln ausstattet. Neben diesen 1,8 Stellen, die bezahlt werden, helfen viele Freiwillige Jahr für Jahr mit und ermöglichen damit diese Veranstaltung. Die Musikfestwochen in der Altstadt sind eine Rarität, die sonst kaum in einer Stadt zu finden ist. Das möchte der Stadtrat erhalten. Es ist auch ein Stück Stadtmarketing.

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit wird die Interpellation als erledigt abgeschlossen.

14. und 15. Traktandum

GGR-Nr. 2010/029: Abnahme der Jahresrechnung 2009

GGR-Nr. 2010/030: Abnahme Geschäftsbericht 2009

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Traktanden 14 und 15 werden gemeinsam behandelt. Es gibt eine Eintretensdebatte. Zuerst haben die Mitglieder der Aufsichtskommission (AK) das Wort, danach ist das Wort frei für die übrigen Mitglieder des Rates frei. Das Drehbuch für die

Abnahme dieser beiden Traktanden wurde verteilt. Für die Detailberatung wird die Ratspräsidentin die Produktgruppen der einzelnen Departemente aufrufen ebenso jene Bereiche, die noch nicht WOV unterstehen. Anträge zu den einzelnen Konten können im Rahmen der Beratung der jeweiligen Departemente gestellt werden. Je nach Institution wird nach dem Antragsteller/der Antragstellerin den Mitglieder der zuständigen Sachkommission das Wort erteilt und dann den übrigen Mitglieder des Rates.

Der Rat macht keine Einwendungen zum Vorgehen.

Eintreten

S. Stierli (SP): Die Aufsichtskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig, auf die Rechnung 2009 einzutreten. Die Jahresrechnung ist der Ausweis über das finanzielle Gebaren der Stadt. Der Stadtrat legt darüber Rechenschaft ab, wie er mit den im Budget zur Verfügung gestellten Mitteln umgegangen ist; die Jahresrechnung ist sein finanzieller Leistungsausweis. Aus finanzpolitischer Sicht muss man den Leistungsausweis des Stadtrates als sehr gut bezeichnen. Der Stadtrat legt uns einen ausgeglichenen und guten Rechnungsabschluss vor. Die Eckwerte der Rechnung sehen wie folgt aus:

	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Abweichung
Aufwand (bereinigt)	1,075 Mia.	1,158 Mia.	+ 83 Mio. Mehraufwand (= 7,7 %)
Ertrag (bereinigt)	1,071 Mia.	1,155 Mia.	+ 83 Mio. (= 7,8 %)
Ergebnis (Aufwand-überschuss)	3,3 Mio.	2,967 Mio.	

Bezüglich Aufwandüberschuss hat der Stadtrat das Budget eingehalten, was ein sehr wichtiger Punkt ist, bei der Beurteilung der Rechnung. Der Mehraufwand von 83 Millionen gegenüber dem Budget erscheint auf den ersten Blick sehr hoch. Schaut man indessen, wie sich dieser Betrag zusammensetzt, kann man politische Entwarnung geben: Von den 83 Millionen fallen rund 72 Millionen auf nicht budgetierte zusätzliche Abschreibungen. Der grösste Betrag, nämlich rund 52 Millionen, verursachte die Rechnung von Stadtwerk, wo die Aufwertung der Leitungsnetze aufgrund einer Intervention des eidgenössischen Regulators ELCOM korrigiert werden musste. Finanziert wurden diese zusätzlichen Abschreibungen aus der Aufwertungsreserve von Stadtwerk. Rund 19 Millionen mussten durch den Abschluss von älteren Konkursverfahren abgeschrieben werden. Aus buchhalterischen Gründen können solche Forderungen nicht sofort abgeschrieben werden, auch wenn man bei manchen Firmen von Anfang an weiss, dass kein Geld mehr zu holen ist. Der reine Sachaufwand ist 2009 lediglich um 6,8 Millionen gestiegen. Das ist eine Abweichung von rund 4,8 %. Die Personalkosten sind nicht gestiegen, ja das Budget wurde gar um 1,1 % unterschritten. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich erneut auf die Sozialkosten ausgewirkt; die zusätzliche Nettobelastung im Fürsorgebereich beträgt 4,6 Millionen Auf der Ertragsseite konnten 25,9 Millionen mehr Steuern als budgetiert eingenommen werden. Bei den Investitionen sind aus finanzpolitischer Sicht keine Bemerkungen anzubringen.

Die Zielerreichung der einzelnen Produktgruppen wurde in den Sachkommissionen überprüft und diskutiert. Ein wichtiges Indiz zur Beurteilung des Leistungsausweises des Stadtrates sind jeweils auch die Bevölkerungsumfragen zur Zufriedenheit. Gemäss der 2009 durchgeführten repräsentativen Umfrage ergab, dass 98 % der Befragten angaben, sehr gerne oder eher gerne in Winterthur zu leben. „Sehr gerne“ haben 75 % angegeben. Das ist eine erneute Steigerung gegenüber 2007. Man darf also sagen, dass der Stadtrat das budgetierte Geld zur grossen Zufriedenheit der Einwohnerinnen und Einwohner ausgegeben hat. Und das ist ein sehr guter Leistungsausweis. Zum Schluss ist noch zu bemerken, dass die Stadt den budgetierten Steuerfussausgleich nicht ausgeschöpft hat. 10,2 Millionen des zugesicherten Steuerfussausgleichs wurden nicht beansprucht. Wäre dieser voll bezogen worden, hätte die städtische Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von rund 7 Millionen abschliessen können. Wie jedes Jahr ist abschliessend zu sagen, dass die Stadt als Gemeinde im Finanz-

ausgleich gehalten ist, das Eigenkapital jährlich um 10 % abzubauen. Das macht für 2009 der verzeichnete Aufwandüberschuss von 2,9 Millionen.

Die Rechnungen von KAP und FAMEX gaben in der AK zu Diskussionen Anlass. Bei diesen beiden Produktegruppen sind rechtliche Beanstandungen anzubringen. Bei beiden Produktegruppen wurden Budgetüberschreitungen verzeichnet. Nun, Budgetüberschreitungen sind grundsätzlich nichts Schlimmes. Es müssen einfach die gesetzlich vorgesehenen Vorgaben eingehalten werden. Nach § 15 der Finanzhaushaltsverordnung sind drei Vorgaben einzuhalten, wenn sich im Verlaufe des Geschäftsjahres abzeichnet, dass der Stadtrat mehr Mittel benötigt, als im Voranschlag einer Produktegruppe bewilligt wurde: Der Stadtrat kann der Produktegruppe mit Geld aus seinem Kompetenzkredit aushelfen. Falls der Mehraufwand ganz klar eine gebundene Ausgabe darstellt, die Stadt also zu deren Vornahme verpflichtet ist und kein erheblicher Spielraum in sachlicher, örtlicher oder zeitlicher Hinsicht besteht, hat er die Mehrausgaben in einem formellen Beschluss als gebunden zu erklären. Sind die Ausgaben nicht gebunden oder reicht der Stadtratskredit nicht aus, so hat der Stadtrat dem Gemeinderat einen Nachtragskredit zu beantragen. Dazu ist er aufgrund der Bestimmung von § 120 des Gemeindegesetzes des Kantons Zürich verpflichtet. Da die AK gemäss Art. 8 Geschäftsordnung die Oberaufsicht über den gesamten Finanzhaushalt ausübt, hat die Kommission die Rechnungen der Produktegruppen KAP und FAMEX zusammen mit Stadträtin V. Gick, und den Stadträten St. Fritschi und N. Galladé näher angeschaut. S. Stierli bedankt sich bei den Stadträten für die Mitarbeit und die offene und transparente Berichterstattung gegenüber der AK. In der Produktegruppe FAMEX wurde das Budget um 908'839 Franken überzogen. Der Mehraufwand entspricht im Wesentlichen den Kosten für zusätzlich eingerichtete schulergänzende Betreuungsplätze. Die Finanzkontrolle stellt im Revisionsbericht fest, dass die Rechtsgrundlagen für die Kreditüberschreitung fehlen. Der Betrag kann nicht mit dem Stadtratskredit gedeckt werden. Der Stadtrat hat aber auch weder einen Beschluss betreffend Gebundenerklärung gefasst, noch hat er dem Gemeinderat 2009 einen Nachtragskredit beantragt. Die Finanzkontrolle hat das zu Recht beanstandet. Bei der Produktegruppe KAP wurde der Voranschlag um rund 1,4 Millionen überschritten. Der Mehraufwand entspricht insbesondere den Mehrkosten von Produkt 2, berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden. Mit Beschluss vom 11. November 2009 hat der Stadtrat 1,66 Millionen als gebunden erklärt. Hier zweifelt die AK an, dass der gesamte Betrag tatsächlich gebunden ist. Im Voranschlag waren beim KAP 52 Teillohnstellen vorgesehen. Der Stadtrat hat dann aber 81 Stellen geschaffen, also 29 mehr. Bei der Gebundenerklärung stützt sich der Stadtrat auf § 3a des Sozialhilfegesetzes des Kantons. Der Regierungsrat hat indessen in der Weisung festgehalten, dass die Gemeinden zwar verpflichtet sind, die Eingliederung der Sozialhilfeempfänger zu fördern. Dabei sei aber den finanziellen, personellen und strukturellen Möglichkeiten der jeweiligen Gemeinden angemessene Rechnung zu tragen. Das heisst nichts anderes, als dass die Stadt bei dieser Aufgabe einen erheblichen Spielraum in sachlicher und zeitlicher Hinsicht hat. Das sind also keinesfalls gebundene Ausgaben. Wenn der Stadtrat sich weigert, beim Gemeinderat einen Nachtragskredit einzuholen, dann müsste er bei den 52 budgetierten Teillohnstellen bleiben. Weitere Interessenten müssen dann warten. Für einen Teil dieser Mehrausgaben fehlt also eine rechtliche Grundlage, weshalb auch die Rechnung dieser Produktegruppe zu beanstanden ist. Zudem wurde beim Beschluss vom 11. November 2009 gegen § 58 der Vollzugsverordnung über den Finanzhaushalt verstossen.

Es ist schon sehr bemüht, dass der Gemeinderat mit dem Stadtrat immer wieder über Gebundenerklärungen diskutieren muss. Die Motion, mit der der Stadtrat aufgefordert wurde, die Grenzbereiche der gebundenen Ausgaben endlich festzulegen, hat er zurückgewiesen. Und jetzt muss wieder diskutiert werden. Allerdings hat der Stadtrat einen Schritt nach vorn gemacht. Ob die neuen Stadträte N. Galladé und St. Fritschi, Bewegung ins Stadtratsgremium gebracht haben, weiss S. Stierli nicht. Es ist politisch ausserordentlich wichtig, dass der Stadtrat auf den Gemeinderat zukommt, wenn er sieht, dass es Probleme mit den Kosten gibt. Er darf sich der politischen Auseinandersetzung nicht entziehen. Die AK ist jedenfalls einstimmig der Ansicht, dass der Stadtrat künftig in solchen Fällen Nachtragskredite beantragen soll. Was die Rechnungsabnahme der Produktegruppe KAP betrifft, so ist die AK mit 6 zu 5 Stimmen der Meinung, dass die rechtlichen Grundlagen für die Budgetüberschreitung nicht vollumfänglich erfüllt sind, weshalb beantragt wird, die Rechnung dieser Produk-

tegruppe nicht abzunehmen. Weiter ist die AK mit 7 zu 4 Stimmen der Meinung, dass bei der Produktegruppe FAMEX die rechtlichen Grundlagen für die Budgetüberschreitung nicht erfüllt sind, weshalb beantragt wird, die Rechnung dieser Produktegruppe nicht abzunehmen. Juristisch ist dieser Entscheid richtig und konsequent. Aber wie es in der Juristerei so ist, kann man auch eine andere Meinung vertreten und in diesem Fall die Rechnung abnehmen. Denn die Regelung von § 15 der Finanzhaushaltsverordnung weist eine Lücke auf. Es ist nicht geregelt, ab welchem Betrag einer sich abzeichnenden Budgetüberschreitung der Stadtrat einen Nachtragskredit beantragen muss. Ein solcher Betrag ist festzulegen, denn, ist der Kompetenzkredit ausgeschöpft, müsste jede noch so geringfügige Budgetüberschreitung als Nachtragskredit dem Gemeinderat vorgelegt werden. Und das kann nicht sein. Der Kanton verlangt ab einer Überschreitung von 5 % einen Nachtragskredit. Winterthur muss eine Lösung finden, die in diese Richtung geht. Zu berücksichtigen ist ferner, dass der Stadtrat gegenüber der AK zugesagt hat, dass er künftig in Fällen wie FAMEX und KAP tatsächlich einen Nachtragskredit beantragen wird. Und das ist schon ein entscheidender Schritt in der Geschichte der Stadt Winterthur. Den ersten Schritt hat der Stadtrat getan und am 16. Juni 2010 einen Nachtragskredit für FAMEX im Betrage von 1,4 Millionen für das Jahr 2010 beantragt. Eine Lösung in der Frage der Budgetüberschreitungen ist also gefunden und damit könnte man, auch mit Blick auf die rechtliche Lücke, die Rechnungen der beiden Produktegruppen abnehmen.

Es wäre angezeigt, dass man unter Würdigung der gefundenen Lösung mit den Nachtragskrediten und mit dem Hinweis, dass die rechtliche Lücke bald geschlossen wird, die Rechnung der beiden Produktegruppen abnimmt. Der Stadtrat weiss, dass die AK bei solchen Geschichten genau hinschaut und sich nicht scheut, die erforderlichen Massnahmen zu treffen, wenn sich wieder solche Vorgänge abzeichnen sollten. Wie eingangs erwähnt, legt der Stadtrat mit der Rechnung 2009 einen hervorragenden Leistungsausweis vor. Das darf nicht vergessen werden. Mit KAP und FAMEX sind allerdings zwei Schönheitsfehler zu verzeichnen, die aber in der AK mit dem Stadtrat besprochen und auch bereinigt wurden. Die AK beantragt also einstimmig, auf die Rechnung und den Geschäftsbericht 2009 einzutreten. Die AK stellt ferner den Antrag, die Rechnung abzunehmen, mit Ausnahme der Rechnungen der Produktegruppen KAP und FAMEX.

N. Gugger (EVP/EDU) bedankt sich beim Präsidenten der AK für die sehr gute Würdigung der Jahresrechnung 2009. Die EVP/EDU-Fraktion nimmt die Rechnung ab – trotz einiger Vorbehalte der Finanzkontrolle. Sie dankt dem Stadtrat für die gute Arbeit. Bei den Produktegruppen FAMEX und KAP wird N. Gugger auf die Budgetüberschreitung zu sprechen kommen. Die Finanzkontrolle hat einzelne Buchungs- und Rechnungsfehler festgestellt, die im neuen Rechnungsjahr korrigiert werden. Diese Korrekturen betreffen folgende Produktegruppen: Materialverwaltung, Spitex, Stadtkanzlei, Ombuds- und Datenaufsichtsstelle. Die EVP/EDU-Fraktion fordert den Stadtrat auf, in Zukunft Nachtragskredite und Gebundenerklärungen rechtzeitig einzuholen. Die Fraktion würdigt die Arbeit der Stadtverwaltung und bedankt sich bei den Mitarbeitenden.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion wird der Rechnung 2009 zustimmen und diese abnehmen. Von der Abnahme ausgenommen sind die Produktegruppen KAP und FAMEX. Die Rechnung 2009 weist einen Ausgabenüberschuss von rund 3 Millionen aus, die dem Eigenkapital zu belasten sind. Auf den ersten Blick sieht die Rechnung zwar gut aus. R. Harlacher kann in das Lob von S. Stierli aber nicht einstimmen. Es müssen einige Mängel festgestellt werden. Als erstes die Überschreitungen in den beiden Produktegruppen KAP und FAMEX. Aber auch finanzpolitisch gibt es einiges zu bemängeln. Zu den Budgetüberschreitungen ist zu sagen, dass die Rechtslage ungenügend berücksichtigt wurde. Die CVP wird deshalb der Rechnungsabnahme dieser beiden Produktegruppen nicht zustimmen. Die Fraktion fordert Massnahmen – insbesondere das Einholen von Nachtragskrediten und eine klarere Handhabung von Gebundenheitserklärungen. Damit sollen Budgetüberschreitungen vermieden werden. Finanzpolitisch sieht die Rechnung nicht ganz so gut aus. Auf den ersten Blick ist sie ausgeglichen mit einer Kostenüberschreitung von rund 3 Millionen. Das hat aber auch damit zu tun, dass Winterthur einen grösseren Beitrag aus dem Finanzausgleich erhalten hat – nämlich 16 Millionen mehr als budgetiert. Ohne diese Beiträge könnte die Stadt ihre Aus-

gaben nicht finanzieren. Für die Zukunft sieht die CVP-Fraktion Handlungsbedarf. Es muss mittelfristig ein Ziel sein, Eigenkapital zu generieren und unternehmerisch zu handeln. Dass das Einschnitte bedeutet, ist klar. Die Stadt kann nicht langfristig über ihre Verhältnisse leben. Der Beitrag aus dem Finanzausgleich ist auch in Zukunft notwendig, weil die Stadt Zentrumslasten übernimmt. Diese Verhandlungen sind noch im Gang. Die Stadt braucht Bedingungen, die ihr erlaubt unternehmerisch zu handeln und in Zukunft wieder Eigenkapital anzuhäufen. Das wird mit gewissen Einschnitten verbunden sein. Die CVP fordert den Stadtrat auf, in der Debatte um den Finanzausgleich diese Richtung einzuschlagen. Die Fraktion wird der Rechnung insgesamt zustimmen – ausgenommen sind die Produktegruppen KAP und FAMEX.

M. Wenger (FDP): Die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht sind ein Leistungsausweis für den Stadtrat und seine Mitarbeitenden. Natürlich versucht auch der Gemeinderat Spuren zu hinterlassen. Die FDP dankt dem Stadtrat und allen Mitarbeitenden für den individuellen Beitrag die Stadt zu gestalten, zu organisieren und lebenswert zu erhalten. Mit dem Ergebnis ist die FDP insgesamt zufrieden. Mit einem Aufwandüberschuss von 3 Millionen zu lasten des Eigenkapitals konnte gerechnet werden. Bessere Resultate sind mit dem aktuellen Finanzausgleich leider nicht zu erwarten. Das nervt, denn Leistung und Engagement soll sich auch für Winterthur wieder lohnen. Zum Finanzausgleich: Im Jahr 2000 waren es 75 Millionen inzwischen sind es 125 Millionen oder ein Plus von 66 %. Die Abhängigkeit vom Kanton nimmt weiter zu und die Steuerkraft nimmt leider im Verhältnis zum Kanton ab. Wachstum und die Ansiedlung von guten Unternehmen bleiben wichtig. Weil mit dem Geschäftsbericht nicht nur die Resultate, sondern auch einzelne Entwicklungen nachvollziehbar werden, wäre es wichtig, dass überall die Vorjahreszahlen aufgeführt werden. Das ist noch nicht überall der Fall.

Die Budgetdisziplin ist in den meisten Produktegruppen gut. Die FDP erwartet das und sie will sich darauf verlassen können, dass die Budgets eingehalten werden. Bei sich abzeichnenden Mehrausgaben müssen entsprechende Korrekturen eingeleitet werden, um die geplanten Ausgaben im Rahmen zu halten. Im Fall von Mehrkosten darf nicht einfach eine Gebundenheit konstruiert werden. Als Konsequenz wird die FDP die Rechnung nur zum Teil abnehmen. Die Rechnung der Produktegruppen KAP und FAMEX wird die Fraktion nicht abnehmen. Mindestens ein Gesuch um einen Nachtragskredit hätte beantragt werden müssen. Die Sensibilität hat hier dem Stadtrat etwas gefehlt. Die eingeleiteten Administrativuntersuchungen zur Kostenüberschreitung sind wichtig. Die FDP erwartet vom Stadtrat, dass der Bericht, die Erkenntnisse und die Korrekturen dem Gemeinderat vorgelegt werden. Via Aufsichtskommission ist dem Gemeinderat zugesichert worden, dass er künftig in diese Prozesse aktiver einbezogen wird. Diese Einsicht ist erfreulich. Ein erstes Zeichen ist mit dem Nachtragskredit für die Produktegruppe FAMEX für 2010 bereits erfolgt. Die FDP wird der Jahresrechnung und dem Geschäftsbericht – mit den erwähnten Einschränkungen – zustimmen.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Faktion Grüne/AL dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die vorliegende Jahresrechnung und den Geschäftsbericht. Beides ist sehr brauchbar und auch gut lesbar. Jahresrechnung: Die Grüne/AL-Fraktion dankt für die Weisung 10/029 Abnahme der Jahresrechnung. Darin ist das Notwendige klar und übersichtlich dargestellt. Auch die Probleme werden in dieser Weisung nicht verheimlicht. Der Stadtrat hat es erneut geschafft, eine ausgeglichene Rechnung vorzulegen. Das war nicht ganz einfach und hat eine grosse Ausgabendisziplin verlangt. Natürlich sind in den einzelnen Produktegruppen Ausreisser zu verzeichnen – erfreuliche und auch unerfreuliche. Die unerfreulichen Ausreisser sind aber nicht nur im Departement Soziales und im Departement Schule und Sport zu verzeichnen. Die Budgetierung ist kein einfaches Geschäft. Erfreulich ist, dass das Departement Finanzen die Steuererträge richtig vorausgesagt hat, auch wenn damals, als der Gemeinderat das Budget diskutiert hat, viele nicht daran geglaubt haben. Dass die Wirtschaftskraft in Winterthur besser sein könnte, das weiss auch die Grüne/AL-Fraktion. Sie wünscht sich ebenfalls, dass sich die Wirtschaftskraft im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton verbessert. Aber die Probleme sind bekannt. Stadt- und Gemeinderat müssen gemeinsam an einer Ver-

besserung arbeiten. Das lässt sich aber nicht in kurzer Zeit ändern – in dieser Hinsicht muss man realistisch bleiben.

Etwas das die Grüne/AL-Fraktion gemeinsam mit anderen Fraktionen seit längerem bemängelt, ist in diesem Jahr vom Stadtrat schriftlich festgehalten worden – nämlich, dass der Liegenschaftenunterhalt die Grenze zum Substanzerhalt nicht immer erreicht. Dass die Stadt mit dem Geld haushälterisch umgehen muss, ist bekannt. Aber das Verlottern lassen von Immobilien spart auf lange Frist kein Geld. Mit den Liegenschaften, die im Besitz der Stadt sind, muss sorgfältig umgegangen werden. Die Einführung eines Investitionscontrollings sollte endlich in Reichweite sein. Die Grüne/AL-Fraktion ist für die Abnahme der Jahresrechnung und zwar uneingeschränkt. Der Stadtrat hat eingeräumt, dass er sein Verhalten in Bezug auf die strittigen Punkte, die bereits erwähnt worden sind, ändern wird und teilweise bereits geändert hat. Deshalb verzichtet die Fraktion darauf, Teile der Jahresrechnung abzulehnen. Eine Ablehnung hätte keine Folgen. Es wäre lediglich eine symbolische Ermahnung an den Stadtrat.

Der Geschäftsbericht wird von der Grüne/AL-Fraktion sehr geschätzt. Er gibt den Zahlen aus der Jahresrechnung ein Gesicht. Darin werden Abläufe erwähnt, die in Zahlen nicht ausgedrückt werden können. In der Rechnung wird dargelegt, ob die Zielvorgaben erreicht worden sind und wie mit dem Geld umgegangen worden ist. Im Geschäftsbericht werden Details dazu geliefert. Das will die Fraktion nicht missen. Im Bericht steht zum Beispiel auch, dass die Sicherheit für die Bevölkerung kein so grosses Problem ist, wie uns das gewisse Kreise immer wieder weismachen wollen. Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Geschäftsbereich und wird ihn auch abnehmen.

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion tritt auf die Rechnung 2009 ein, auch wenn sie, im Gegensatz zu S. Stierli, alles andere als begeistert ist über den Rechnungsabschluss. Zwei Produktgruppen wird die SVP die Décharge nicht erteilen, beziehungsweise deren Rechnung ablehnen. Dennoch möchte die SVP vorab dem Finanzamt und der gesamten städtischen Verwaltung für die Offenlegung der Jahresrechnung 2009 danken. Ebenfalls dankt die SVP dem gesamten Team der Finanzkontrolle für den durchleuchtenden und professionellen Revisionsbericht. Dass der Aufwandüberschuss von knapp 3 Millionen Franken im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen liegt, ist die Folge der Mechanismen des Finanzausgleiches, welcher unserer Stadt gesetzlich auferlegt wird. Die Faktion hofft, dass am nächsten Montag im Kantonsrat in dieser Hinsicht Verbesserungen erreicht werden können. Die Zeichen stehen nicht schlecht. Zurzeit ist es aber illusorisch eine schwarze Null oder gar ein schwarzes Plus zu erwarten.

Dass die Ausgaben, wie übrigens auch die Einnahmen, gegenüber dem Budget so weit auseinander liegen, ist aber nicht wirklich eine Meisterleistung. Die 83 Millionen bereinigten Mehrausgaben stehen einer Ertragsüberschreitung von ebenfalls 83 Millionen Franken gegenüber. Für die SVP-Fraktion untermauert diese Art der Finanzpolitik das alljährlich wiederkehrende Szenario. Gegen Ende eines Jahres ist einfach immer soviel ausgegeben worden, wie eingenommen worden ist. Wie strategisch und finanzpolitisch klug und vor allem weit-sichtig es ist, mit solchen eklatanten Abweichungen zu planen, bleibt wohl einmal mehr das verschleierte Geheimnis des Stadtrates. Das Parlament muss sich da sicher die berechnete Frage stellen, wie lange es so grosse Abweichungen zwischen Budget und Rechnung noch verantworten will. Fliessen die 83 Millionen Franken nicht budgetierten Mehrausgaben wirklich dort hin, wo das Parlament das will? Oder budgetiert der Stadtrat vorsätzlich so tief, dass er dann die erwarteten Mehrausgaben dort einsetzen kann, wo er es für richtig hält, ohne sich noch den mühsamen Fragen des Parlamentes stellen zu müssen? Auch sei die Frage erlaubt, welche kurzfristigen Ziele infolge der deutlichen Mehreinnahmen verwirklicht werden. Würde nämlich der Stadtrat zusammen mit der Verwaltung nur soviel oder gar weniger ausgeben können als sie budgetiert haben, würden beziehungsweise könnten die genannten Mehrausgaben nämlich gar nicht in diesem Masse getätigt werden. Auch wenn es nur spekulativ ist, so ergeben sich doch sehr interessante Fragestellungen, die staatsrechtlich und parteipolitisch nicht ohne eine gewisse Brisanz sind. Bei der Durchsicht der Rechnung stellt die SVP-Fraktion nämlich fest, dass die langjährigen Aussagen der SVP in Bezug auf die Rundumversorgung für unser Sozialwesen und der stetige Ausbau der Familienexternen Kinderbetreuung nun offensichtlich auch der Stadtrat erkannt hat und er zur Ansicht gekom-

men ist, dass die beiden genannten Gebiete doch etwas gar überstrapaziert werden. So ist im Antrag zur Rechnung vermerkt, dass das Wachstum für Sozial- und Erwachsenenhilfe nach einer Phase des geringen Anstieges der Sozialausgaben in Folge der Hochkonjunktur wieder deutlich ansteigen. Soll heissen; während der Hochkonjunktur wurde offensichtlich versäumt, die Sozialhilfe in den Griff zu bekommen, beziehungsweise zu plafonieren. Die SVP-Fraktion fordert deshalb den Stadtrat nochmals eindringlich auf, die Betreuungs- und Rundumversorgungs-Standards ernsthaft zu durchleuchten und anzugehen.

Es wirft doch berechnete Fragen auf, wenn über den gesamten Kanton gesehen bei einer Hochkonjunktur die Sozialkosten merklich sinken, in der Stadt Winterthur im selben Zeitraum aber nicht einmal ein Anstieg der Sozialkosten vermieden werden kann. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage im stadträtlichen Antrag – Geschäft 2010/029 – dass unter anderem auch der Ausbau der Familienexternen Kinderbetreuung die Stadtfinanzen in Zukunft vermehrt belasten werden. In diesem Rat und in den daraus resultierenden Debatten hat der Stadtrat stets verkündet, dass externe Kinderbetreuung finanziell gesehen für alle ein wirtschaftliches Erfolgsmodell und gewinnbringend sei. Es erstaunt deshalb wenig, dass ausgerechnet bei den Produktgruppen FAMEX und KAP gegenüber dem Budget weit über das Ziel hinausgeschossen worden ist. Es hat, so lange es hat, könnte man nun etwas plakativ verkünden. Aber bei aller Ernsthaftigkeit, hier hat nicht nur die SVP-Fraktion erkannt, dass bei den beiden genannten Produktgruppen einiges nicht so gelaufen ist, wie es hätte laufen müssen. Sowohl die Finanzkontrolle wie auch die Aufsichtskommission sind der Ansicht, dass bei solchen Budget-Überschreitungen doch früher reagiert und die notwendigen Korrekturen eingeleitet werden müssen. Diese Versäumnisse nun aber auf die beiden neuen Departementsvorstehenden zu überwälzen, wäre jedoch völlig falsch und nicht Ziel führend. Nichts desto trotz fordert die SVP den Stadtrat auf, die internen Controllings restriktiver und genauer anzugehen, damit Vorfälle, wie erwähnt, in Zukunft frühzeitig erkannt und entsprechende Massnahmen getroffen werden können.

Es gibt aber aus Sicht der SVP-Fraktion erfreuliches zu berichten. Dass die Investitionen gegenüber früher gestiegen sind und die Schuldzinsen weiter etwas zurückgefahren werden konnten, ist zu begrüssen. Interessant ist auch der Vergleich der letzten 10 Jahre. Ein Rückblick zeigt, dass die Einwohnerzahl in der Stadt um gut 12 % gestiegen ist. Gleichzeitig erfahren die Steuereinnahmen einen Zuwachs von ziemlich genau 24 %. Dem gegenüber haben die Ausgaben um 36 % zugenommen. So betrachtet kann und darf man einfach nicht mehr behaupten, dass die Ausgaben im selben Masse steigen wie die Einwohnerzahl und die Stadt sich schier zu Tode spare. Es ist zu hoffen, dass die Prioritäten – nachdem die SVP-Fraktion mitgeholfen hat, die Bedingungen für die Stadt im Rahmen des neuen Finanzausgleichs zu verbessern – irgendwann anders gesetzt werden. Ansonsten hat sich die SVP-Fraktion zum letzten Mal als Steigbügelhalter für die Stadt zur Verfügung gestellt. Primär ist wichtig, dass qualitativ gute und vielseitige Arbeitsplätze geschaffen werden können. Dort wo es notwendig ist, müssen die Standards in Bezug auf das Sozialwesen und die Kultur überdacht werden. Es kann nicht sein, dass vorwiegend diese Ausgaben für die Stadt wachsen – vor allem das Gewerbe sollte wachsen. Sollten die eingangs erwähnten Forderungen, die jeweilige Rechnung der beiden Produktgruppen FAMEX und KAP nicht abzunehmen, scheitern, so wird die SVP-Fraktion die gesamte Rechnung 2009 ablehnen.

P. Kyburz (SP): In einzelnen Branchen werden aktuell unanständige Löhne und Boni bezahlt, das auch, wenn die Leistung schlecht ist. Im Vergleich dazu ist die Stadt in einer hervorragenden Situation. Die Verwaltung und der Stadtrat erbringen mit anständigen Löhnen und ohne Boni eine gute Leistung und das trotz des wirtschaftlich schwierigen Umfelds. Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Verwaltung für diese Leistung. Mehr als einmal ist das Stichwort von der finanziellen Unabhängigkeit der Stadt Winterthur gefallen. Das hat P. Kyburz mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Natürlich ist das ein hehres Ziel. Aber dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Die Reform des Finanzausgleichs ist für Winterthur entscheidend. Eine faire Abgeltung der Zentrumslasten ist für Winterthur eine Voraussetzung damit die Aufgaben überhaupt wahrgenommen werden können. Es ist nicht so, dass die Stadt einfach am Tropf des Kantons hängt. Die Stadt erbringt für die Region wesentliche Leistungen. Dass diese Leistungen abgegolten werden, ist nicht mehr als richtig. Es geht nicht um Abhängigkeit, sondern um eine sinnvolle Entschädigung

für erbrachte Leistungen. P. Kyburz hofft, dass alle Fraktionen ihren Kantonsrätinnen und Kantonsräten entsprechende Empfehlungen mit auf den Weg geben. Nachtragskredit: Der Stadtrat bietet, gemäss seinen Aussagen in der AK, Hand zu einer Anpassung seiner Praxis betreffend Nachtragskredit. Die SP-Fraktion begrüsst diese Haltung und erwartet diesbezüglich konkrete Vorschläge. Allenfalls ist zu überprüfen, ob die Höhe des Stadtratskredits – die sich aktuell im Promillebereich im Verhältnis zum Budget bewegt – noch sachgerecht ist. Die SP genehmigt die Rechnung, ebenfalls die beiden Produktgruppen KAP und FAMEX. Die Fraktion dankt dem Stadtrat für den Geschäftsbericht. Er gibt einen hervorragenden Überblick über die Tätigkeiten der Stadt. Die SP-Fraktion genehmigt den Bericht mit Freude.

M. Zeugin (GLP/PP): Auch die GLP/PP-Fraktion wird auf die Rechnung eintreten. Als erstes dankt die Fraktion der Verwaltung für die gute Arbeit und die Rechnung 2009 insbesondere dem Finanzdepartement für seine Bemühungen stets eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. An dieser Rechnung sind einige Aspekte erfreulich. Die Budgetdisziplin ist einigermassen gut, auch wenn es in zwei Bereichen Schönheitsfehler gibt. Die Steuererträge haben sich erhöht. Das Investitionsvolumen, das immer wieder kritisiert worden ist, hat ebenfalls zugenommen. Die Rechnung schliesst zwar mit dem obligaten Verlust ab aber eigentlich ist sie ausgeglichen. Auch die parlamentarischen Zielvorgaben wurden grossmehrheitlich erreicht. Trotzdem gibt es drei kritische Bemerkungen: Aufgrund der Wirtschaftslage sind bereits Bremsspuren zu erkennen. Das hat zu Verzerrungen in der Rechnung 2009 geführt. Die Personalausgaben konnten glücklicherweise gesenkt werden. Auf der anderen Seite sind die Sozialausgaben angestiegen. An diesen beiden Bereichen merkt man, dass die Reaktionszeiten unterschiedlich stark sind und man nicht bei jeder Ausgabe schnell reagieren kann, beziehungsweise, dass es Kosten gibt, auf die man nicht reagieren kann. Verschärfend wird beim Budget 2011 dazukommen, dass die Einnahmen tiefer ausfallen werden. Es ist aber nicht nachvollziehbar, dass der Stadtrat nicht bereits mit dem Budget 2010 bereit war, Massnahmen zu ergreifen – M. Zeugin erwähnt in diesem Zusammenhang nur den Stellenausbau. Dem Stadtrat muss bewusst sein, dass er die politische Verantwortung trägt. Sicher wird er sich bemühen 2011 – allenfalls mittels notwendiger finanzieller Einschnitte – ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Wenig erfreulich ist, dass die starke Zunahme der Ausgaben fortgesetzt worden ist, und dass sich die Steuerkraft der Stadt Winterthur nach wie vor schlechter entwickelt als die Steuerkraft im Kantonsmittel. Es zeigt sich erneut, dass die Stadt die Strategie des starken Bevölkerungswachstums überdenken muss. Die GLP/PP-Fraktion fordert, dass dringend notwendige Massnahmen ergriffen werden, um den Wirtschaftsstandort zu stärken. In diesem Bereich stellt die Fraktion drei Forderungen: 1. Es braucht zunehmende Mittel für die Standortförderung, im speziellen für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes. 2. Neue Wirtschaftswachstumsgebiete müssen zügig vorangetrieben werden. Auf keinen Fall darf eine Umzonung zugunsten von Wohnland und zulasten des Industrie- und Gewerbelandes erfolgen. 3. Fordert die Fraktion vermehrte Aufmerksamkeit für tiefere Gebühren. Das ist nur dann möglich, wenn auch die Kosten sinken. Dazu ein pikantes Detail: Der Effizienzgewinn für Fokus beträgt ca. 300'000 bis 600'000 Franken. Wenn man aber diese Massnahmen mit einer Zentralisierung in der Privatwirtschaft vergleicht, müsste ein Effizienzgewinn von ca. 3 Millionen resultieren. Auch die GLP/PP-Fraktion kritisiert die Kostenüberschreitungen der Produktgruppen KAP und FAMEX. Die Fraktion ist mit dem Stadtrat bezüglich Gebundenheitserklärung und Bewilligungspraxis nicht einverstanden. Trotz Kritik von Seiten der Fraktion ist das zum wiederholten Mal von statten gegangen. M. Zeugin erinnert an die entsprechenden Diskussionen in Bezug auf die Produktgruppe KAP aus dem Jahr 2009. Deshalb hat die Fraktion in der AK einen Antrag gestellt auf nicht Abnahme der Produktgruppen FAMEX und KAP. Es ist erfreulich, dass dieser Antrag eine Mehrheit gefunden hat. Budgetüberschreitung in Millionenhöhe dürfen im Rat nicht einfach durchgewinkt werden. Eine Ablehnung hat zwar rechtlich keine Konsequenzen. Es ist aber wichtig ein Zeichen zu setzen und eine nachhaltige finanzielle Strategie und Praxis zu fordern. Bemerkungen dazu sind auch im Revisionsbericht enthalten. Der Rat muss aufpassen, dass durch diese Praxis nicht die ganze Budgetdebatte zur Farce wird. Für diese Überschreitungen ist aber nicht nur der Stadtrat verantwortlich, obwohl er sich in Bezug auf die Gebundenheit grosse Freiheiten herausgenommen hat. Der Gemeinderat hat in den vergangenen Jahren seine Aufsicht über das Budget etwas vernachlässigt. Die Budgetüber-

schreitung entbehrt aber jeder rechtlichen Grundlage. Aus diesen Gründen wird die Fraktion die Rechnung nur zum Teil abnehmen und setzt mit dem Ausschluss der Produktgruppen KAP und FAMEX ein klares Zeichen. Der Stadtrat hat die Praxisänderung bereits angekündigt und mit einer ersten Weisung bewiesen, dass es ihm damit ernst ist. Wenn die Praxis so weitergeführt wird, kann der Gemeinderat künftig die Rechnungen wieder vollständig abnehmen. Es ist aber keine Alternative heute die Überschreitungen leichtfertig anzunehmen. Die Fraktion wird daher die Anträge der AK unterstützen.

M. Stauber (Grüne/AL) hat vorgehabt die detaillierte Begründung zur Rechnungsannahme zur Produktgruppe FAMEX vorzutragen, wenn diese Produktgruppe behandelt wird. M. Stauber ist auch für die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur zuständig. Er möchte aber trotzdem eine kurze Bemerkung dazu machen und wird die gleiche abenteuerliche und vereinfachende Berechnung wie das die SVP zum Teil macht, vornehmen. Die Stadt hat 2009 1,5 Millionen mehr in die Produktgruppe FAMEX investiert und hat im gleichen Jahr 2,9 Millionen mehr Steuern eingenommen. Das heisst der Beweis, dass Investitionen in die ausserfamiliäre Kinderbetreuung mehr Steuereinnahmen generieren ist klar erbracht. Wenn die Stadtpolizei ihr Globalbudget ebenfalls einhält, wären 2,5 Millionen mehr in der Kasse.

Stadträtin V. Gick dankt den Ratsmitgliedern für die differenziert und überwiegend positive Aufnahme der Rechnung 2009. Die Kritik an den Budgetüberschreitungen in den Produktgruppen FAMEX und KAP ist verständlich. Solche Überschreitungen dürften nicht vorkommen. Vor allem die Produktgruppen und Departemente aber auch der Stadtrat sind gefordert, solche Situationen frühzeitig zu erkennen und Überschreitungen zu vermeiden. Der vorliegende Abschluss ist eigentlich sehr gut. Die Stadträtin dankt dem Präsidenten der AK für die Anerkennung. Die Rechnung schliesst mit einem Ausgabenüberschuss von rund 3 Millionen ab und entspricht damit den Vorgaben des Kantons. Die Stadt muss jedes Jahr 10 % des Eigenkapitals verbrauchen. Das schmerzt ein bisschen. Die Stadt hat den Steuerfussausgleich nur zu ca. drei Vierteln in Anspruch nehmen müssen. Dieser Ausgleich ist als Defizitgarantie ausgelegt. Dass er nicht voll in Anspruch genommen werden musste, ist ein gutes Zeichen. Es tut Stadträtin V. Gick aber weh, dass die Stadt auch in guten Jahren Eigenkapital verbrauchen muss und keine Reserve anlegen kann. Sie hofft, dass der Gemeinderat ihr alljährliches Wehklagen über diesen Mechanismus in Zukunft nicht mehr anhören muss. Sie war heute Vormittag im Kantonsrat und hat die Debatte über das neue Finanzausgleichsgesetz verfolgt. Der Kantonsrat hat aber noch keine Entscheidung gefällt. Die Debatte wird am nächsten Montag weitergeführt. Das neue Finanzausgleichsgesetz sieht aber einen besseren Mechanismus vor. Künftig wird die Stadt für besseres Wirtschaften belohnt, indem sie Eigenkapital aufstocken kann. Die Stadt Winterthur kämpft vor allem um den Zentrumslastenausgleich. Die Gesetzesvorlage hat einen Ausgleich für Winterthur vorgesehen, der nicht ausreichen würde, um künftig die Aufgaben zu bewältigen. Deshalb kämpft Stadträtin V. Gick seit 16 Monaten für einen besseren Zentrumslastenausgleich. Sie hat im Kantonsrat auch Verbündete gefunden. Es gäbe noch die eine oder andere Fraktion, die der Bearbeitung harrt. Stadträtin V. Gick wäre sehr froh, wenn die Ratsmitglieder das übernehmen würden.

Inhaltlich will sich die Stadträtin nicht mehr über die Rechnung äusseren. Die Rechnung wurde dargestellt, sie wurde erläutert und ist den Ratsmitgliedern bekannt. Fazit: Der Stadtrat hat den Haushalt der Stadt in den letzten Jahren im Gleichgewicht halten können. Seit 2004 konnte der Aufwand so stabilisiert werden, dass keine nennenswerten Aufwandüberschüsse verzeichnet werden mussten. Angesichts der Tatsache, dass einige Aufgaben sehr stark angewachsen sind und die Erträge nicht so stark wie die Ausgaben gestiegen sind, ist es klar, dass das Defizit, das entstehen würde, durch die Finanzausgleichsbeiträge ausgeglichen werden mussten. Wenn ein neues Finanzausgleichsgesetz eingeführt wird, ist die Stadt nicht mehr so stark vom Kanton abhängig. Die Stadt wird dann einen Zentrumslastenausgleich und einen Ressourcenausgleich erhalten. Auf beides hat die Stadt einen Anspruch. Mit diesen Mitteln muss Winterthur aber auskommen.

Die AK hat die beiden Produktgruppen KAP und FAMEX beraten und grundsätzliche Überlegungen zum Finanzrecht angestellt. Finanzrechtlich ist es nicht korrekt, wenn das Budget überzogen wird. Wenn sich abzeichnet, dass der Globalkredit nicht reicht, gibt es verschie-

dene Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken. Wenn eine Aufgabe zwingend erfüllt werden muss, kein zeitlicher, sachlicher und örtlicher Spielraum besteht, liegt eine Gebundenheit vor. Dann ist eine Gebundenheitserklärung vorzunehmen. Rechtlich ist das relativ klar und einfach. Im Einzelfall ist es aber nicht so einfach, festzulegen welche Aufwendungen gebunden sind. Wenn eine Gebundenheit vorliegt, wird der Globalkredit aufgestockt. Wenn keine Gebundenheit vorliegt, kann der Stadtrat bis 200'000 Franken aus dem Kompetenzkredit entnehmen. Wenn der Betrag aber markant darüber liegt, muss der Stadtrat gemäss § 120 des Gemeindegesetzes einen Nachtragskredit beantragen. Die Zurückhaltung der Stadt in Bezug auf Nachtragskredite ist durch die besondere Situation der Finanzausgleichsgemeinden bedingt. Nachtragskredite sind zu vermeiden, weil solche Kredite vom Kanton nicht finanziert werden. Die Stadt muss immer ein ausgeglichenes Budget vorlegen. Dieses Budget ist die Grundlage für den Finanzausgleich. Wenn allzu vieles bei der Budgetierung vergessen würde und man einfach Nachtragskredite beantragen könnte, hätte das Finanzierungslücken zur Folge. Wenn man sieht, dass eine Ausgabe nicht mehr im vom Gemeinderat bewilligten Rahmen gehalten werden kann, dann muss der Stadtrat einen Nachtragskredit beantragen. In der Produktegruppe FAMEX wurde der Globalkredit um 900'000 Franken überschritten. Der Stadtrat hat die Situation intensiv beraten und ist dann zum Schluss gekommen, dass ein Nachtragskredit eingeholt werden muss. Zudem hat der Stadtrat eine Administrativuntersuchung angeordnet. Daraus wird ersichtlich, dass der Stadtrat die Situation sehr ernst nimmt und Fehler vermeiden will. In ähnlichen Fällen wird der Stadtrat wieder so handeln. Stadträtin V. Gick dankt der AK für die sehr konstruktive Diskussion auch in Bezug auf das schwierige Thema der Nachtragskredite und der Gebundenheitserklärung. Auch die rechtlichen Recherchen des Präsidenten der AK und die Papiere, die er erarbeitet hat, waren eine gute Grundlage für diese Diskussion. Der Stadtrat wird sich Gedanken darüber machen, wie er künftig mit diesem Problem umgehen soll. Stadträtin V. Gick hat die Signale gehört und nimmt zur Kenntnis, dass die AK bereit ist, die Höhe der Kompetenzkredite zu prüfen und pragmatische Lösungen zu suchen. Stadträtin V. Gick dankt für die Debatte und ersucht die Ratsmitglieder die Rechnung 2009 abzunehmen.

Ratspräsidentin U. Bründler will die Abnahme der Rechnung und des Geschäftsberichtes noch vor der Pause abschliessen. Aus diesem Grund wird sich die Pause etwas verschieben.

Detailberatung

Departement Kulturelles und Dienste

Personalamt, Stadtentwicklung, Theater Winterthur, Bibliotheken, Subventionsverträge und Beiträge an Dritte, Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten, Rechtspflege: Keine Wortmeldungen

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit hat der Gemeinderat die Rechnung und den Geschäftsbericht des Departements Kulturelles und Dienste abgenommen.

Departement Finanzen

Finanzkontrolle, Finanzamt, Informationsdienste (IDW), Steuerbezug, Immobilien, Städtische Allgemeynkosten / Erlöse, Steuern und Finanzausgleich: Keine Wortmeldungen

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit hat der Gemeinderat die Rechnung und den Geschäftsbereich des Departements Finanzen abgenommen.

Departement Bau

Tiefbau, Entsorgung, Vermessung, Baupolizei, Städtebau: Keine Wortmeldungen

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit hat der Gemeinderat die Rechnung und den Geschäftsbereich des Departements Bau abgenommen.

Departement Sicherheit und Umwelt

Polizeirichteramt, Stadtpolizei, Betrieb Parkhäuser und Parkplätze, Feuerwehr, Zivilschutz, Melde- und Zivilstandswesen, Umwelt- und Gesundheitsschutz: Keine Wortmeldungen

Ch. Denzler (FDP): Wenn es um Reklamationen und Beanstandungen geht, sind die Ratsmitglieder immer schnell zur Stelle. Deshalb will Ch. Denzler einmal das Gegenteil machen – nach dem Motto Lob ist Ansporn und Motivation. Der Dank geht an alle Mitarbeitenden des Departements Sicherheit und Umwelt für ihre hervorragende Arbeit. Speziell während der Besprechung der Rechnung in der Kommission standen die Mitarbeitenden stets freundlich zur Verfügung, um Unklarheiten offen darzulegen oder weitere Zahlen und Fakten zu liefern. So macht die Kommissionsarbeit Freude.

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit hat der Gemeinderat die Rechnung und den Geschäftsbereich des Departements Sicherheit und Umwelt abgenommen.

Departement Schule und Sport

Materialverwaltung: Keine Wortmeldungen

Familienergänzende Kinderbetreuung

H. Iseli (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion nimmt die Rechnung der Produktegruppe FAMEX unter grossem Vorbehalt ab. Das Versprechen der Stadträte in Zukunft besser und schneller zu reagieren hat zu diesem Entscheid beigetragen. Es müssen aber zwei Punkte erwähnt werden: Es ist eine grosse Unterlassungssünde von Stadträtin P. Pedergnana den Gemeinderat im Wahljahr nicht über die Budgetüberschreitung rechtzeitig informiert zu haben. Das nicht Wissen in Bezug auf die Hoheitsverhältnisse ist keine Ausrede oder gar ein Persilschein. Auch der Umstand, dass der Nachtragskredit bisher kein Thema war, entschuldigt diese Vorgehensweise nicht. Es hätte Alternativen gegeben. Dass diese nicht genutzt wurden, bereitet der Fraktion erhebliche Mühe. Die EVP/EDU-Fraktion wartet gespannt auf den in Auftrag gegebenen Bericht betreffend Abklärung der Hoheitsverhältnisse durch einen unabhängigen Staatsrechtler. Diesen Bericht und die daraus resultierenden Ergebnisse wird die Fraktion gewissenhaft prüfen. Eventuell werden weitere Schritte in Erwägung gezogen. Die Diskussion hatte aber zur Folge, dass endlich der Nachtragskreditantrag auch im Gemeinderat Winterthur Einzug gehalten hat.

O. Seitz (SP): In dieser Produktegruppe kam es 2009 zu einer Budgetüberschreitung von 900'000 Franken, weil die Nachfrage nach schulergänzender Kinderbetreuung die Erwartungen deutlich übertroffen hat. Konkret wurden 180 Plätze mehr als budgetiert für die Betreuung benötigt. Das Departement Schule und Sport (DSS) stützte sich beim Ausbau auf das Volksschulgesetz des Kantons Zürich, das seit dem Schuljahr 2009/2010 von den Gemeinden ein bedarfsgerechtes schulergänzendes Betreuungsangebot verlangt. Zudem hat der Gemeinderat vor einem Jahr beschlossen, dass in Winterthur alle Schulen grundsätzlich als freiwillige Tagesschulen zu führen sind. Auch im Jahr 2010 wird es in dieser Produktegruppe eine Budgetüberschreitung von 1,4 Millionen geben. Die Budgetüberschreitungen haben dazu geführt, dass der Stadtrat ein Massnahmenpaket verabschiedet hat, das ab 2011 zu jährlichen Einsparungen von 500'000 bis 700'000 Franken führen soll. Weiter hat der Stadtrat ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das klären soll, welchen Spielraum die Stadt Winterthur bei der Umsetzung von rechtlichen Vorgaben hat. Der Stadtrat will zudem anhand einer Administrativuntersuchung die internen Abläufe prüfen. Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) will das Rechtsgutachten und die internen Untersuchungen abwarten. Die Kommission begrüsst, dass die erneute Budgetüberschreitung im Jahr 2010 mit ei-

nem Nachtragskredit dem Gemeinderat vorgelegt wird. Sie hätte sich gewünscht, dass das bereits 2009 geschehen wäre. Eine Minderheit der BSKK hat ihrem Missfallen über die Budgetüberschreitung mit einer Ablehnung der Rechnung 2009 der Produktegruppe FAMEX Ausdruck verliehen. Die Rechnung der Produktegruppe wurde in der BSKK aber mit einer Mehrheit von 5 zu 4 Stimmen abgenommen.

Die SP-Fraktion hat keine Freude an Budgetüberschreitungen. Wer aber das DSS bereits heute verurteilt, handelt inkompetent. Wäre die Situation bereits klar, müssten keine Gutachten in Auftrag gegeben werden. Es ist alles andere als sicher, dass die geplanten Massnahmen mit dem neuen Volksschulgesetz vereinbar sind. Das werden die Gutachten zeigen. Die SP will, dass das Volksschulgesetz und damit der Wille des Stimmvolkes, umgesetzt werden. Der Gemeinderat hat zudem verlangt, dass die Winterthurer Schulen grundsätzlich als Tagesschulen geführt werden. Das bedarfsgerechte Angebot an schulergänzender Kinderbetreuung ist eine grosse Errungenschaft der Stadt Winterthur, die den Jüngsten zu Gute kommt. Diese Kinderbetreuung wird längerfristig Geld einsparen. Die SP wird daher den Massnahmenkatalog zur Kostensenkung skeptisch begleiten. Sie will die erreichte Qualität sichern, schliesslich sind Kinder nicht nur ein Kostenfaktor, sie haben das Recht auf eine gute Betreuung.

M. Stauber (Grüne/AL): Die Aufsichtskommission und die BSKK haben die Problematik diskutiert. Die Kommissionen wurden auch über den Massnahmenplan des Stadtrates informiert. Die Grüne/AL-Fraktion beantragt, die Rechnung der Produktegruppe FAMEX abzunehmen – trotz der Budgetüberschreitung von rund 900'000 Franken. Für M. Stauber ist klar, die Mehrkosten für die schulergänzende Kinderbetreuung sind gebunden – zumindest zum grössten Teil. Der Kanton schreibt vor, dass die Gemeinden die schulergänzende Betreuung abdecken müssen. Er schreibt auch gewisse Details bezüglich der Qualität vor – beispielsweise den Betreuungsschlüssel. Es heisst der Grund für die Budgetüberschreitung sei eine falsche Budgetierung. Die Vorschriften des Kantons sind ab dem Schuljahr 2009/2010 in Kraft getreten. Erfahrungen in Bezug auf die Kosten haben gefehlt. Dass der Stadtrat für die Rechnung 2010 einen Nachtragskredit vorgelegt hat und Massnahmen zur Einsparung von Kosten prüft, ist zu begrüssen. Die AK hat bereits in der vorletzten Amtsperiode die Forderung gestellt, dass der Stadtrat bei einer vorhersehbaren Budgetüberschreitung dem Gemeinderat einen Nachtragskredit vorlegen muss. Die Resonanz im Stadtrat war damals eher negativ. Offenbar haben die Interventionen jetzt Erfolg. Zu den Massnahmen, die vom Schulvorsteher in der Kommission präsentiert wurden, kann sich die Grüne/AL-Fraktion noch nicht äussern. Wenn die konkreten Pläne bekannt sind und die Folgen abgeschätzt werden können, wird die Fraktion Stellung nehmen. Es ist ein politisches Zeichen, wenn die Abnahme der Rechnung der Produktegruppe FAMEX abgelehnt wird. Das bringt aber nicht viel. M. Stauber beantragt namens der Grüne/AL-Fraktion, die Rechnung 2009 abzunehmen.

A. Bosshart (FDP): Die FDP-Fraktion wird den Ablehnungsantrag der AK unterstützen. Es ist zu einer massiven Budgetüberschreitung von 900'000 Franken gekommen. Diese Überschreitung ist äusserst unerfreulich. Im Jahr 2010 wird das Budget erneut überschritten. Die Gebundenheit ist nicht gegeben. Aus diesem Grund hat der Stadtrat für das Jahr 2010 einen Nachtragskredit dem Gemeinderat vorgelegt. Der Rat wird zu einem späteren Zeitpunkt darüber diskutieren. Das Budget muss eingehalten werden. Dazu ist der Stadtrat verpflichtet. Wenn das nicht möglich ist, muss er einen Nachtragskredit vorlegen. Das hat er im Jahr 2009 versäumt. Der Stadtrat hat bekannt gegeben, dass die Vorgänge, die zu dieser Budgetüberschreitung geführt haben, untersucht werden. Die FDP begrüsst diese Untersuchung und verlangt, dass der Untersuchungsbericht dem Gemeinderat vorgelegt wird. Solche Überschreitung darf sich der Gemeinderat nicht gefallen lassen. Er soll das Heft in Bezug auf das Budget in der Hand behalten.

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion wird die Rechnung der beiden Produktegruppen FAMEX und KAP nicht abnehmen. Das ist keine Abstrafung der beiden neuen Stadträte, das wäre falsch. Aber es gibt Spielregeln, die eingehalten werden müssen. Man kann höchstens der Vorgängerin des Departementes Schule und Sport unterstellen, dass sie das Problem vor den Wahlen nicht aufs Tapet bringen wollte. Das ist aber eine reine Hypothek. Der Gemeinderat muss

seine Aufgabe wahrnehmen und die Rechnung, dort wo etwas nicht stimmt, zurückweisen. Egal wer das betrifft. Deshalb wird die SVP die beiden erwähnten Produktgruppen ablehnen, mit dem Antrag an den zuständigen Stadtrat, gewisse Strukturänderungen vorzunehmen. Der Elternbeitrag für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung muss neu festgelegt werden. Jetzt müssen die Vollkosten erst ab einem Einkommen 140'000 Franken von den Eltern übernommen werden. Das ist definitiv zu hoch. R. Isler schlägt vor, dass die vollen Kosten ab 100'000 Franken Jahreseinkommen übernommen werden müssen – nach dem Motto, wer bezieht, soll entsprechend zur Kasse gebeten werden. Die wirklich tiefen Einkommen sollen geschont werden.

M. Zeugin (GLP/PP): Es ist die Frage, wie viele Beurteilungen juristischer Art noch notwendig sind, um endlich Konsequenzen zu ziehen. Der Bericht der Finanzkontrolle und der Revisionsbericht liegen vor. Darin wird festgehalten, dass die Rechtsgrundlagen nicht vorhanden sind. Es ist wichtig, dass es nicht um eine inhaltliche Beurteilung von FAMEX geht, sondern um die Praxis, wie mit massiven Budgetüberschreitungen umgegangen wird.

Ch. Bienz (CVP) ist Koreferentin für die Produktgruppe FAMEX in der BSKK. Damals hat sie zu dieser Überschreitung sehr kritisch Stellung genommen. Die Departementsleitung hat daraufhin aufgezeigt, welche Massnahmen ergriffen werden. Das Problem wurde sehr ernsthaft behandelt und es wurden Massnahmen eingeleitet. Ch. Bienz ist zufrieden, dass das Instrument Nachtragskredit angewendet wird. Die Mehrheit der CVP-Fraktion will ein Zeichen setzen, deshalb wird die Fraktion geschlossen die Rechnung der Produktgruppe FAMEX nicht abnehmen.

Stadträtin P. Pedernana wird zu dieser Produktgruppen Rede und Antwort stehen, obwohl sie nicht mehr Vorsteherin des DSS ist. In diesem Sinne ist das auch mit dem Stadtrat abgesprochen. Die Stadträtin hat auch in der Kommission über diesen Teil der Rechnung Auskunft erteilt. Alle haben sich gewünscht, dass das Budget der Produktgruppe FAMEX auch im Jahr 2009 nicht überzogen wird. Aber seit dem August 2009 gelten andere Spielregeln. Die Gemeinden sind verpflichtet, ab dem Schuljahr 2009/2010 ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuung bereit zu stellen. Das bringt die Gemeinden in eine äusserst schwierige Ausgangslage. Die Stadt hat zwar vom Kanton das Instrument erhalten, um den Bedarf zu erheben. Gleichzeitig war klar, dass nicht alle prognostizierten Anmeldungen berücksichtigt werden müssen, weil viele Eltern das Betreuungsangebot letztlich doch nicht in Anspruch nehmen. Deshalb wurden 30 % der Anmeldungen, die 2007 erfasst worden sind, nicht berücksichtigt. Die bisherige Interpretation der kantonalen und städtischen Vorgaben hat gelautet, die Gemeinden müssen ab August 2009 ein bedarfsgerechtes Angebot bereitstellen. Aus Elternsicht hat das geheissen, man kann mit einem Betreuungsplatz rechnen, wenn in einer Gemeinde 10 Kinder oder mehr angemeldet wurden. Die Stadt hat nicht mit einem so grossen Anstieg der Nachfrage gerechnet. Der Stadtrat ist im November 2009 davon ausgegangen, dass die Wirtschaftsentwicklung 2010 düster sein wird. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte zwar im Bereich der Sozialhilfe Auswirkungen, nicht aber im Bereich der Kinderbetreuung. Die Eltern haben ihre Kinder nicht aus der Betreuung zurückgezogen. Die Nachfrage nach schulergänzender Kinderbetreuung ist weiter angestiegen. Wie man in einer solchen Situation handeln muss, kann heute Nachmittag nicht abschliessend behandelt werden. Zuerst müssen die Administrativuntersuchung und das Gutachten abgewartet werden. Mit dem Gutachten sollen primär zwei Dinge abgeklärt werden: 1. Wer hat welche Kompetenzen. 2. Welcher Handlungsspielraum bleibt den Gemeinden in diesem sehr eng reglementierten Bereich. Der Stadtrat wird beides dem Gemeinderat zur Verfügung stellen. Das wurde der BSKK bereits in Aussicht gestellt.

Hochrechnung 2010: Der Stadtrat ist davon ausgegangen, dass im Februar 2010 Abmeldungen eintreffen könnten. Damit hat das DSS zu einem frühen Zeitpunkt eine freiwillige Hochrechnung erstellt nachdem festgestellt wurde, dass die Nachfrage nicht zurückgegangen ist. Diese Hochrechnung mit dem prognostizierten Defizit von 1,4 Millionen wurde dem Stadtrat präsentiert. Auch der Massnahmekatalog wurde vom DSS unter der Leitung von Stadträtin P. Pedernana grob konzipiert, den Feinschliff hat Stadtrat St. Fritschi übernommen. Heute ist die Stadt in einer anderen Ausgangslage als noch vor einem Jahr. Der Anstieg des

Betreuungsangebots war hoch. Wenn das Gutachten eingetroffen ist, wird man mehr wissen. Die Diskussion hat dazu geführt, dass Stadt- und Gemeinderat gemeinsam einen Meinungsbildungsprozess durchlaufen haben. Wenn eine Budgetüberschreitung absehbar ist und sie nicht gebunden erklärt werden kann, wird der Stadtrat einen Nachtragskredit dem Gemeinderat unterbreiten.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag der AK abstimmen, die Rechnung der Produktegruppe FAMEX nicht abzunehmen.

Der Rat stimmt dem Ablehnungsantrag der AK mit 28 zu 25 Stimmen zu und lehnt die Rechnungsabnahme ab.

Schuldienste, Berufsbildung, Sportamt: Keine Wortmeldungen

Ratspräsidentin U. Bründler: Der Gemeinderat hat der Rechnung des Departements Schule und Sport zugestimmt mit Ausnahme der Produktegruppe FAMEX.

Nicht WOV

Schulbehörden, Schulbauten, Ferienkolonien, Beträge, Schulbetrieb Kindergärten, Liegenschaften Kindergärten, Obligatorischer Unterricht Primarschule, Fakultativer Unterricht Primarschule, Liegenschaften Primarschule, Obligatorischer Unterricht Oberstufe, Fakultativer Unterricht Oberstufe, Liegenschaften Oberstufe, Sprachheilkindergarten, Kleinklasse C, Therapeutischer Unterricht, Auswärtige Sonderschulen: Keine Wortmeldungen

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit hat der Rat der Rechnung der Nicht WOV-Bereiche zugestimmt.

Departements Soziales

Vormundschaftsamt, Jugend- und Familienhilfe, Sozial und Erwachsenenhilfe, Asylwesen, Prävention und Suchthilfe, Alterszentren, Spitex, Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich: Keine Wortmeldungen

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt die Rechnungsabnahme ab. Das Parlament ist verpflichtet die Rechnung zu prüfen. Diese Budgetüberschreitung kann nicht akzeptiert werden. R. Isler ist überzeugt, dass die Produktegruppe KAP in Zukunft besser auf die Einhaltung des Budgets achten wird.

Ch. Denzler (FDP): Die FDP-Fraktion wird die Rechnung ebenfalls ablehnen. Die Sachkommission Soziales und Sicherheit hat aber keinen Ablehnungsantrag gestellt, weil die Kommissionsmitglieder bereits im vergangenen Sommer von Stadträtin M. Ingold informiert worden sind, dass es eine Überschreitung geben wird. Im Rat wurde sie darauf stark kritisiert. Die Probleme sind erkannt. Grundsätzlich ist das Produkt 2 der Produktegruppe KAP einfach zu teuer und wird in dieser Form nicht mehr weitergeführt werden können. Das ist trotz allem schade, weil es sich um ein gutes Produkt handelt. Die Stadt kann aber nur so viel Geld ausgeben wie vorhanden ist. Es ist zu hoffen, dass der neue Stadtrat eine Lösung finden wird.

B. Günthard Fitze (EVP/EDU): Die Mitglieder der Sachkommission Soziales und Sicherheit wurden am 31. August 2009 detailliert über die Budgetüberschreitung informiert. Die EVP/EDU-Fraktion ist darüber gar nicht erfreut, das ist klar. Die Kommunikation von Stadträtin V. Gick war aber sehr transparent. Die EVP/EDU-Fraktion legt Wert darauf, dass die Budgets nicht mehr überschritten werden. Die Fraktion wird der Rechnungsabnahme aber zustimmen.

Stadtrat N. Galladé: Die Diskussionen in der Kommission und auch im Gemeinderat wurden offen und fair geführt. Das stimmt Stadtrat N. Galladé zuversichtlich, dass auch in Zukunft die Diskussion sachlich weitergeführt werden kann. Der Stadtrat bedauert die Budgetüberschreitung. Auch die Mängel in der Kommunikation gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit sind bedauerlich. Stadträtin V. Gick hat die zuständige Kommission aber bereits im letzten Herbst umfassend informiert. Leider scheinen diese Informationen nicht bei allen im Detail angekommen zu sein. Stadtrat N. Galladé hält fest, dass diese Budgetüberschreitung sehr ärgerlich ist. Auch die Begleitumstände, die dem Parlament das Gefühl gegeben haben, dass der Stadtrat die Sache auf die leichte Schulter nimmt, sind bedauerlich. Für den Stadtrat und die Verwaltung sind aber solche Überschreitungen äusserst unangenehm und werden keinesfalls auf die leichte Schulter genommen. Im Zusammenhang mit der Produktegruppe KAP sind gewisse Schlüsse gezogen worden. Das Controlling ist verbessert worden. Die Hochrechnung 2010 zeigt, dass die Produktegruppe voraussichtlich das Budget einhalten kann.

In seinem Votum hat R. Isler über die Sozial- und Erwachsenenhilfe gesprochen. Darum geht es in dieser Abstimmung nicht. In dieser Produktegruppe wurde der Globalkredit eingehalten. Der Zuwachs an Kosten hat damit zutun, dass die Ausgaben dieser Produktegruppe gebunden sind. Ein Teil der Überschreitung in der Produktegruppe KAP hatte dazu beigetragen, dass in der Produktegruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe die Kosten nicht noch mehr gestiegen sind. Im Produkt 2 geht es um Teillohnjobs. Die Nachfrage für das Angebot war höher als erwartet. Das hatte eine Erhöhung des Angebots zur Folge. Auf der anderen Seite waren die kantonalen Beiträge tiefer als im Vorjahr. Deshalb wurde das Budget um 1,4 Millionen überzogen. Von diesen 1,4 Millionen konnten 870'000 Franken bei den Sozialen Diensten eingespart werden. Die Diskussion um die Gebundenheit steht bei dieser Produktegruppe im Zentrum. Es handelt sich tatsächlich um eine Grauzone. Alles wird nicht als gebunden erklärt werden können. Es wird aber auch so sein, dass die Stadt einen Auftrag hat, dieses Angebot bereitzustellen – aber nur in dem Masse wie die Finanzen das zulassen. Letztlich ist die Abnahme der Rechnung Sache des Parlaments. Die Abnahme der Rechnung der Produktegruppe FAMEX wurde vom Gemeinderat abgelehnt. Einige Fraktionen wollten damit ein Zeichen setzen, andere haben der Abnahme zugestimmt, weil sie der Meinung sind, dass die Zeichen bereits gesetzt sind. Stadtrat N. Galladé teilt diese Meinung. Mit dem beantragten Nachtragskredit ist ein gewisser Tatbeweis bereits erbracht. Was die Produktegruppe KAP betrifft, hat der Stadtrat bereits Lehren gezogen. Stadtrat N. Galladé überlässt dem Gemeinderat den Entscheid, ob er die Rechnung der Produktegruppe KAP abnehmen will. Er ist aber zuversichtlich, dass eine gute Basis geschaffen worden ist für die Behandlung dieser Geschäfte, auch wenn es immer einen Ermessensspielraum geben wird und nie alle gleicher Meinung sein werden.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über die Abnahme der Rechnung der Produktegruppe KAP abstimmen.

Der Rat lehnt die Abnahme der Rechnung der Produktegruppe KAP mit 28 zu 25 Stimmen ab.

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit hat der Rat mit Ausnahme der Produktegruppe KAP die Rechnung des Departements Soziales abgenommen.

Departement Technische Betriebe

Stadtwerk Winterthur, Stadtbus Winterthur, FinöV Stadt, Forstbetrieb, Stadtgärtnerei: Keine Wortmeldungen

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit hat der Rat die Rechnung des Departements Technische Betriebe abgenommen.

Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei: Keine Wortmeldungen

Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

D. Schraft (Grüne/AL): Folgendes Problem hat sich in Bezug auf die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ergeben: Die Produktegruppe ist einerseits Datenschutzstelle und andererseits Ombudsstelle. Die Ombudsfrau hat, obwohl aufgrund des Stellenwechsels zeitweise zwei Personen angestellt waren, einen Gewinn erwirtschaften können. Die Datenaufsichtsstelle wurde interimistisch von A. Frauenfelder übernommen. Eine Rechnung im Produkt Datenaufsicht ist nicht gestellt worden. Die Kosten wurden der Stadtkanzlei verrechnet. Dadurch resultiert ein Gewinn. Die Mitglieder der AK haben folgende Themen diskutiert: Kann man Reserven in den beiden Produkten Ombudsstelle und Datenaufsichtsstelle bilden? Die Datenaufsicht hatte ja keine Ausgaben zu verbuchen. Die AK hat entschieden, dass eine Reservenbildung nur über die Produktegruppen möglich ist und nicht über die einzelnen Produkte. Deshalb wurden die beiden Produkte zusammen beurteilt. Im Weiteren musste die Höhe der Einlagen in die Reserve geklärt werden. Ein gewisser Plafond – das heisst ein bestimmter Prozentsatz des Budgets der letzten 5 Jahre – darf nicht überschritten werden. In dieser Produktegruppe wurde der Plafond erreicht. Deshalb konnte nicht die ganze Summe in die Reserven eingelegt werden. In der AK wurde der Antrag gestellt, die Summe von 11'938 Franken in die Reserven einzulegen. Die AK hat diesen Antrag einstimmig gutgeheissen.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag der AK, in die Reserven der Ombuds- und Datenaufsichtsstelle 11'938 Franken einzulegen, abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Weiteres

Funktionale Gliederung, Bilanz, Übersicht Departementssekretariate, Kontrolle der Investitionskredite, Beiträge an Dritte, Abschreibungstabelle, Spezialfinanzierung, Übersicht Verteilung Stadtratskredite, Fonds aus privaten Geldern, Ehrentafeln, Kennzahlen, Beteiligungsspiegel, Gewährleistungsspiegel: Keine Wortmeldungen

Ratspräsidentin U. Bründler: Damit ist die Rechnung abgenommen.

Schlussabstimmung

S. Stierli (SP): Die Finanzkontrolle hat weitere Kontrollen gemacht in Bezug auf die WOV-Reserven. Dabei wurden einige Fehler festgestellt. Wie wird damit verfahren?

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion hat in der Eintretensdebatte bekannt gegeben, dass sie die Rechnung abnehmen wird, wenn die Rechnungen der beiden Produktegruppen FAMEX und KAP abgelehnt werden. Das ist jetzt so.

Stadträtin V. Gick: Es ist so, dass bei der Prüfung durch die Finanzkontrolle einige Differenzen festgestellt wurden. Diese werden im Revisionsbericht festgehalten. Die Rechnung 2009 steht bereits. Die Korrekturen werden in die neue Rechnung einfließen, das heisst bei der Eröffnung der Rechnung 2010 werden die Fehler korrigiert im Sinne der Finanzkontrolle. Das wird automatisch so gehandhabt.

Ratspräsidentin U. Bründler: Die AK beantragt dem Rat die Jahresrechnung 2009 mit den beschlossenen Änderungen zu genehmigen.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Ratspräsidentin U. Bründler: die AK beantragt dem Rat dem generellen Satz für die Einlagen in die, beziehungsweise die Entnahme aus den Produktgruppen-Reserven, auf 20 % der Nettozielabweichung zuzustimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Ratspräsidentin U. Bründler: Die AK beantragt dem Rat die Globalrechnung 2009 aller Produktgruppen mit Ausnahme der Produktgruppen FAMEX und KAP abzunehmen.

S. Stierli (SP): Die Korrekturen wurden besprochen. Es wird zu Protokoll gegeben, dass die Korrekturen im Sinne der Finanzkontrolle erfolgen werden. S. Stierli bedankt sich für die Arbeit.

Der Rat stimmt der Rechnungsabnahme mit einer Gegenstimme zu.

Geschäftsbericht

R. Isler (SVP): Die SVP-Fraktion hat sich noch nicht eingehend zum Geschäftsbericht geäußert. Die Fraktion hätte beinahe die Ablehnung beantragt, weil die politische Ausrichtung der Zusammensetzung des Stadtrates entspricht. Auch wenn der Geschäftsbericht klar und verständlich geschrieben ist, empfindet die Fraktion die darin enthaltene Selbstbeweihräucherung als störend. Es wird vermieden auch nur ansatzweise auf Mankos hinzuweisen. Auch über die Budgetabweichungen in den Produktgruppen KAP und FAMEX steht nichts im Bericht – damit fehlt auch eine Begründung für diese Abweichungen. Trotzdem wird die SVP-Fraktion dem Geschäftsbericht zustimmen – wenn auch nicht sehr euphorisch.

M. Stauber (Grüne/AL) möchte eine Lanze brechen für den Geschäftsbericht. Es handelt sich dabei nicht um eine Legislaturbilanz oder eine Bilanz des Geschäftsjahres. In diesem Bericht sind zum Teil sehr informative Daten enthalten – zum Beispiel verschiedene Tabellen über das Personal oder die Schülerinnen und Schüler, die nicht im WOV-Bericht enthalten sind. Diese Informationen sind sehr wertvoll. Die Bürgerinnen und Bürger von Winterthur, die mit Steuergeldern die Stadtkasse alimentierten, sollen ebenfalls wissen, was die Stadt macht. Auch für sie ist der Geschäftsbericht wertvoller als die Rechnung und der WOV-Bericht. Die Grüne/AL-Fraktion ist nach wie vor dafür, dass der Geschäftsbericht in dieser Form beibehalten wird.

R. Isler (SVP) hat in keiner Art und Weise dem Geschäftsbericht die Klarheit abgesprochen. Es kann aber nicht sein, dass nur die Rosinen herausgepickt werden. In einen Geschäftsbericht gehören auch Informationen über Ziele, die nicht erreicht worden sind und Hinweise, welche Bereiche verbessert werden können. Der vorliegende Bericht ist ein reiner Persilschein. Sämtliche Mängel werden einfach ausgeblendet oder schön geredet.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über die Abnahme des Geschäftsberichtes abstimmen.

Der Rat stimmt dem Geschäftsbericht fast einstimmig zu.

16. Traktandum

GGR-Nr. 2010/032: Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle über das Jahr 2009

N. Gugger (EVP/EDU) hat das Vorrecht, der Finanzkontrolle als erstes herzlich zu danken. G. Ludwig ist vor einem Jahr vom Gemeinderat gewählt worden. Seit 6 Monaten hat er dieses Amt inne. Der Tätigkeitsbericht wurde allen zugesandt. Die Finanzkontrolle leistet einen sehr wichtigen und wertvollen Dienst für die Stadt. In der Rechnungsabnahme wurden die WOV-Einlagen genau dargestellt. Damit wurden die entsprechenden Fragen des Präsidenten der Aufsichtskommission beantwortet. Die Finanzkontrolle hat zudem aufgelistet, welche Tätigkeiten sie im Jahr 2009 ausgeführt hat. Eigentlich verkauft sich die Finanzkontrolle unter ihrem Wert. Sie erfüllt eine sehr wichtige Aufgabe. Die Stadt steht noch immer mit 400 Millionen im Minus. Die Finanzkontrolle ist bestrebt, dass die Stadt gemäss neuem Finanzausgleich das Geld besser verwaltet und die Einlagen richtig tätigt. G. Ludwig hat mit N. Gugger abgesprochen, dass der Tätigkeitsbericht ab nächstem Jahr auf das Netz aufgeschaltet wird. Die AK hat diesem Vorschlag einstimmig zugestimmt. Im Weiteren wurde ein Antrag gestellt zu den Gruppen, die ein Risikopotential aufweisen, Informationen nachzuliefern. Diesem Wunsch wurde von der Finanzkontrolle entsprochen. N. Gugger bittet die Ratsmitglieder, den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle abzunehmen.

M. Zeugin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion dankt G. Ludwig und seinem Team herzlich für den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle. Der Bericht ist, wie gewohnt, sehr gut verfasst. Bemerkenswert ist die sachliche und kritische Distanz in der Darstellung, vor allem auch von heiklen Punkten. Damit hat die Finanzkontrolle ihre Unabhängigkeit bewiesen. Die GLP/PP-Fraktion nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion nimmt den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle positiv zur Kenntnis und dankt dem Team und G. Ludwig für die gute Arbeit. Der Tätigkeitsbericht zeigt die Mängel in der Rechnung auf – seien das unnötige Abgrenzungen, Rückstellungen ohne rechtliche Grundlagen oder negative Zielabweichungen in den Produktgruppen. Die CVP-Fraktion schätzt den Tätigkeitsbericht und appelliert an den Gemeinderat die Finanzaufsicht in diesem Sinne wahrzunehmen. Der Rat hat ein Zeichen gesetzt und die Rechnung der Produktgruppen, die entsprechende Mängel aufweisen, nicht abgenommen.

R. Isler (SVP): Auch die SVP-Fraktion nimmt den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle im positiven Sinn zur Kenntnis. R. Isler dankt dem Leiter der Finanzkontrolle und seinem Team für den professionellen und transparenten Bericht. Ein wenig Ungemach bleibt aber zurück, zumal in zwei Bereichen nicht alles koscher ist. Das ist jetzt aber passé, darüber hat der Gemeinderat debattiert. Man sieht aber, dass nicht immer professionell gearbeitet wird. Die Zahlen im A und B Teil der Rechnung sehen zwar oft schön aus. Aber nicht immer können Schlüsse daraus gezogen werden. Die SVP ist der Finanzkontrolle sehr dankbar für diesen guten Bericht.

S. Stierli (SP) dankt im Namen der SP-Fraktion G. Ludwig und seinem Team für die geleistete Arbeit. Das Team übernimmt vor allem die finanztechnische Kontrolle der Jahresrechnung. Diese Arbeit könnte das Parlament nicht leisten. Es ist auf eine unabhängige Stelle angewiesen, die diese Aufgabe übernimmt. G. Ludwig leistet mit seinem Team gute Arbeit. Die SP-Fraktion wünscht sich, dass er diese Aufgabe weiterhin unabhängig und unerschrocken ausführt und seinen Finger auf wunde Punkte legt.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über die Abnahme des Tätigkeitsberichts der Finanzkontrolle abstimmen.

Der Rat nimmt den Tätigkeitsbericht einstimmig ab.

Ratspräsidentin U. Bründler dankt G. Ludwig für seine wertvolle Arbeit.

G. Ludwig dankt für die Abnahme des Tätigkeitsberichts und die positiven Voten. Den Bericht hat G. Ludwig zusammen mit seinem Vorgänger erstellt in Zusammenarbeit mit seinem Team.

17. Traktandum

Abnahme Geschäftsbericht 2009 der Ombudsstelle

D. Schraft (Grüne/AL): Die Ombudsfrau V. Sobotich ist seit Juni 2009 im Amt. Vorher hat W. Moser interimistisch als Ombudsmann gearbeitet. V. Sobotich hat der Stelle bereits ihren Stempel aufgedrückt. Das zeigt auch der Geschäftsbericht der Ombudsstelle. Er unterscheidet sich optisch stark von den früheren Berichten. Der Geschäftsbericht ist gut lesbar, inhaltlich ähnelt er den früheren Geschäftsberichten. Er ist aufgeteilt in ein allgemeines Thema und ein Schwerpunktthema. In diesem Bericht ist das Schwerpunktthema das Vormundschaftsrecht beziehungsweise die Beistandschaft. Es wird auch Rechenschaft über die bearbeiteten Fälle abgelegt. Auf den letzten Seiten finden sich Hinweise zu statistischen und anderen allgemeinen Angaben. Die AK hat den Geschäftsbericht gutgeheissen und empfiehlt mit 10 zu 0 Stimmen dessen Abnahme.

M. Zeugin (GLP/PP) dankt der Ombudsfrau für ihre Arbeit. Ein Rückblick zeigt, dass ein kreatives Feuerwerk gezündet wurde. Zwar ist im vergangenen Geschäftsjahr eine leichte Zunahme der Fälle zu verzeichnen, diese wurden aber rasch bearbeitet. Der neue Bericht wurde in der Fraktion sehr gut aufgenommen. Er befriedigt verschiedene Informationsbedürfnisse der angesprochenen Gruppen. Erwähnenswert ist die sehr gute Einarbeitung der Ombudsfrau. Wenn man die Geschichte kennt, dann weiss man, dass das nicht selbstverständlich ist. W. Moser hat deshalb ein grosses Dankeschön verdient. Die GLP/PP-Fraktion nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis, bittet aber darum, den Bericht nicht noch emotionaler zu gestalten.

R. Keller (SVP): Die SVP-Fraktion zeigt sich sehr zufrieden mit der Arbeit der Ombudsstelle und dem von V. Sobotich verfassten Jahresbericht. Der Bericht gibt einen Einblick in den Alltag des unparteiischen Schiedsgerichtes. Nicht nur mit dem Layout, sondern auch mit dem Inhalt wurden neue Wege aufgezeigt. Mit dem Schwerpunktthema Vormundschaft / Beistandschaft gewährt V. Sobotich einen vertieften Einblick in eines ihrer Geschäfte. Es sollte aber erwähnt werden, dass das Layout eines Geschäftsberichtes nicht einem Bestseller entsprechen muss – massgebend ist der Inhalt. Beides wurde in diesem Fall erfüllt.

B. Konyo (SP): Die SP-Fraktion nimmt den Geschäftsbericht 2009 der Ombudsstelle im positiven Sinn zur Kenntnis und bedankt sich für die gute Arbeit. Die SP-Fraktion empfiehlt dem Rat die Abnahme des Geschäftsberichtes.

N. Gugger (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion dankt V. Sobotich für ihr erstes intensives und sehr engagiertes Jahr. Dem Jahresbericht konnten alle notwendigen Informationen entnommen werden.

M. Wenger (FDP): Auch die FDP-Fraktion dankt V. Sobotich für ihre Arbeit und den Geschäftsbericht. Sie bedankt sich auch bei W. Moser für die kompetente Arbeit im ersten halben Jahr. V. Sobotich hat frischen Wind in die Ombudsstelle gebracht und die pendenten Fälle rasch aufgearbeitet. Der Geschäftsbericht ist inhaltlich interessant, gut strukturiert und auch optisch ansprechend.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über die Abnahme des Geschäftsberichtes abstimmen.

Der Rat nimmt den Geschäftsbericht der Ombudsstelle einstimmig ab.

V. Sobotich, Ombudsfrau, bedankt sich herzlich für die positiven Feedbacks. Sie freut sich, dass ihre Tätigkeit beziehungsweise die Berichterstattung darüber bei den Ratsmitgliedern Gefallen gefunden hat.

Ratspräsidentin U. Bründler bedankt sich bei V. Sobotich für die gute Arbeit.

19. Traktandum

GGR-Nr. 2010/022: Zustimmung zur Liquidation der Fortuna Obertor AG und zum Kauf der Liegenschaft Obertor/Stadthausstr. durch die Stadt Winterthur

Ratspräsidentin U. Bründler: Die Präsidentin der IFK möchte um 22.00 Uhr eine kurze Sitzung anberaumen. Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder das Traktandum innerhalb von 55 Minuten zu behandeln

P. Kyburz (SP) zeigt anhand von Bildern die Situation der 4 Liegenschaften zwischen Obertor und Stadthausstrasse. Ausgangslage: Die Stadt hat sich gemeinsam mit der damaligen Winterthur-Versicherung – heute AXA Winterthur – zu je 50 % an der Fortuna Obertor AG beteiligt. Diese Aktiengesellschaft wurde 1978 gegründet. Die Stadt besass damals zwar die Liegenschaften, verfügte aber über zu wenig Geld, um die Gebäude zu sanieren. Es handelt sich um eine sehr frühe Form von Public Private Partnership. Der Gemeinderat hat der Gründung der AG zugestimmt. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Das Volk hat der Vorlage zugestimmt. Die AXA Winterthur ist jetzt aufgrund revidierter Anlagerichtlinien der Finanzmarktaufsicht gezwungen, aus dieser AG auszusteigen. Finanzielle Situation der Fortuna Obertor AG: Das Aktienkapital von 5 Millionen gehört zu je 50 % der Stadt und der AXA Winterthur. Die Stadt hat 47,25 % der Fläche gemietet, Drittmietler 52,75 %. Man hat im Rahmen der Vorbereitung dieses Geschäfts einen Verwertungsbericht erstellen lassen. Der Wert der Liegenschaften wurde auf 24,23 Millionen geschätzt – mit einbezogen wurde auch der Sanierungsbedarf von knapp 5 Millionen. Wenn es um Finanzen geht, stellt sich auch die Frage nach der Rendite. Die Liegenschaften haben zwischen 2006 und 2008 im Schnitt rund 4,2 % Nettorendite abgeworfen.

Der Stadtrat hat geprüft, ob die Anteile der AXA an Dritte verkauft werden könnten. Diese Variante wurde sehr rasch als ungeeignet erachtet – auch weil man davon ausgeht, dass bei einer Beteiligung von 50 % sehr viele Voraussetzungen stimmen müssten. Man hat ebenfalls geprüft, ob die Pensionskasse die Beteiligung übernehmen könnte. Aus strategischen Überlegungen will die Pensionskasse der Stadt Winterthur indirekte Anlagen tätigen. Weitere direkte Anlagen passen nicht in diese Strategie. Als dritte Variante wurde geprüft, ob die Stadt Winterthur das Aktienpaket zum Preis von 6,4 Millionen kaufen könnte. Das würde vom Betrag her zu einem obligatorischen Referendum führen. Aus Sicht des Stadtrates macht es wenig Sinn, innerhalb der Stadtverwaltung eine AG zu führen an der die Stadt zu 100 % beteiligt ist, wenn eine andere Lösung möglich ist. Der Stadtrat schlägt vor, dass die AG gemeinsam von der Stadt Winterthur und der AXA Winterthur liquidiert wird. Im Weiteren beantragt der Stadtrat, dass die Stadt Winterthur die Liegenschaften, die sie ursprünglich als Sacheinlage in die AG eingebracht hat, ins Finanzvermögen der Stadt erwirbt. Die Aufsichtskommission stimmt dem 1. Antrag des Stadtrates mit 7 zu 3 Stimmen zu. Dem 2. Antrag stimmt die Aufsichtskommission mit Stichentscheid des Präsidenten zu. Die SP findet es sinnvoll, dass sich die Stadt an strategisch wichtigen Orten Liegenschaften sichert. Es ist wesentlich, dass die Stadt sich einen Gestaltungsspielraum erhält und sowohl Land als auch Liegenschaften besitzt. Die SP-Fraktion würde es begrüßen, dass, wenn im Zusammen-

hang mit Fokus die Liegenschaften frei würden, ein Ausbau zugunsten der Büroflächen geprüft würde.

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion beantragt die Rückweisung des Geschäftes. Die Fraktion hat diese Vorlage im Hinblick auf die Zukunft beurteilt. Was bringt diese Investition der Stadt Winterthur? Welches Risiko geht die Stadt ein? Die Situation auf dem Immobilienmarkt wird sich in Zukunft verschlechtern. Dazu konnte man im Tagesanzeiger vom 7. Juni 2010 einen ersten Bericht lesen. Die Zinse sind auf einem historischen Tief. Der Zürcher Hauspreisindex ist auf einem Hoch. Die Nationalbank ist nach wie vor gezwungen die Schweiz mit viel Liquidität zu versorgen, damit der Franken gegenüber dem Euro nicht noch stärker wird. Schneller als man denkt wird die Nationalbank die Zinse anheben müssen. Das wird den Immobilienmarkt stark beeinflussen. Gemäss Credit Swiss trifft im Büroflächenmarkt eine schwache Nachfrage auf eine nach wie vor hohe Produktion. Die Aussichten auf dem Büromarkt werden als trübe beurteilt. In den kommenden 12 Monaten ist mit einem Preisrückgang von rund 1,2 % zu rechnen.

Der Stadtrat hat zu Recht erklärt, dass Winterthur finanziell nicht auf Rosen gebettet ist. Der Finanzbedarf für Investitionen ist enorm – Adlergarten, Schulhäuser, Dreifachturnhalle, Sportstätten oder Polizeigebäude. Dazu kommt das Standortkonzept der städtischen Büroräume, das geprüft werden muss. Von den betroffenen Liegenschaften ist rund die Hälfte von der Stadt belegt. Wenn der Standortentscheid in Bezug auf das Projekt Fokus im Sinne des Stadtrates gefallen ist, wird die Stadt als Mieterin aus diesen Liegenschaften ausziehen. Der Stadtrat hat vor, ein Gebäude zu kaufen, aus dem er anschliessend ausziehen will. Ausserdem betrachtet die städtische Pensionskasse diese Liegenschaften nicht als gutes Investitionsobjekt. Sie zieht andere Objekte in der Stadt Winterthur vor. Es wurde behauptet, dass die Gebäude gekauft werden müssen, damit die Stadt Einfluss auf die Entwicklung nehmen kann. Aufgrund der gesetzlichen Grundlagen in der Bau- und Zonenordnung hat die Stadt genügend Möglichkeiten, um Fehlentwicklungen zu verhindern.

Gesamtbeurteilung: Der Stadtrat hat bereits ausgeführt, dass Winterthur zu wenig Geld hat um die anstehenden Investitionen zu tätigen. Mit dem vorliegenden Geschäft wird der Finanzmittelbedarf der Stadt aber erhöht. Deshalb müssen die Ausgaben optimiert und der Finanzmittelbedarf muss reduziert werden. Die SVP schlägt aus folgenden Gründen vor diese Weisung zurückzuweisen: Wenn in Bezug auf Fokus anders entschieden wird als sich der Stadtrat das erhofft, dann können die Gebäude am Obertor gekauft und eine Teilzentralisierung kann realisiert werden. Sollte Fokus aber im Sinne des Stadtrates entschieden werden, könnte die Fortuna Obertor aufgelöst und die Liegenschaften könnten veräussert werden. Der Erlös könnte für andere Investitionen verwendet werden. Die aktuelle Weisung ist zudem auf dem Hintergrund des alten Finanzausgleichs gestaltet worden. Dabei wurde darauf geachtet, dass dem Kanton kein Geld zurückgezahlt werden muss. Nach dem 1. Januar 2011 werden vielleicht andere Lösungen möglich. D. Oswald dankt den Ratsmitgliedern für die Unterstützung des Rückweisungsantrags. Falls die SVP-Fraktion keine Mehrheit finden sollte, wird sie die Vorlage ablehnen.

Ratspräsidentin U. Bründler: Zunächst werden die Wortmeldungen zur Rückweisung gesammelt, danach wird die Ratspräsidentin über den Rückweisungsantrag abstimmen lassen.

M. Zeugin (GLP/PP): Die Fraktion hat aus folgenden Gründen beschlossen, die Liquidation der Fortuna Obertor AG und den Kauf der Liegenschaften zu befürworten: 1. Der Stadtrat hat politisch richtig entschieden. Die Liegenschaft ist von der Stadt 1978 in die gemeinsame Aktiengesellschaft Fortuna Obertor als Sacheinlage eingebracht worden. Entsprechend ist es auch richtig, dass diese Liegenschaften wieder zurück an die Stadt gehen. 2. Hat der Stadtrat über Jahre hinweg transparent und vorbildlich über die Aktiengesellschaft und über die Desinvestitionsstrategien informiert. Die Aufsichtskommission konnte deshalb laufend über die Weiterentwicklung dieses Szenarios mitbestimmen. Die Zustimmung ist deshalb auch eine Frage der politischen Verlässlichkeit, weil die Kommission bereits sehr früh in den Entscheidungsprozess eingebunden worden ist. Zudem hat der Stadtrat im Rahmen der Debatte über die Fortuna Obertor AG über die Liegenschaftenstrategie informiert. Die Eckwerte erscheinen im Grossen und Ganzen plausibel auch wenn die GLP/PP-Fraktion mit einzelnen

Punkten nicht ganz einverstanden ist. Es geht auch um die Konsequenzen aus der Desinvestition verschiedener kleiner Liegenschaften, die Verluste gebracht haben. Jetzt soll die Stadt dieses Geld in Liegenschaften investiert, die eine Rendite einbringen. Diese Liegenschaften sind rentabel, auch wenn die Pensionskasse entschieden hat, dass sie die Liegenschaften nicht erwerben will. Die Pensionskasse verfolgt aber eine andere Strategie, sie will in neuere und grössere Liegenschaften investieren. Das Objekt passt aber in die Zielvorgaben der Stadt. Nicht ganz einverstanden in Bezug auf die Liegenschaftenstrategie ist die Fraktion, weil im Rahmen der Präsentation die Ökologie kein Thema war. M. Zeugin erinnert den Stadtrat an seinen Gebäudestandard und bittet ihn diesen umzusetzen.

Der Rückweisungsantrag der SVP wird von der GLP/PP-Fraktion nicht unterstützt. Es ist ein Stückweit grotesk, dass die SVP, die in der Liegenschaft Obertor bleiben will, diese Weisung ablehnt. Es wurde von marktökonomischen Daten gesprochen. Eine Liegenschaft in der Altstadt unterliegt aber anderen Marktgesetzen als eine Liegenschaft auf der grünen Wiese. Das Angebot in der Altstadt ist knapp und wird auch künftig knapp sein. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Fluktuation in der Altstadt sehr hoch sein wird. Eine Erhöhung des Leitzinssatzes wurde prognostiziert, auf der anderen Seite wird sich dadurch auch der Mietzins erhöhen. Dieses Risiko ist demnach nicht so hoch, wie das dargestellt worden ist. Zudem könnten die Räume der Liegenschaften in Wohnungen umgebaut werden.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion spricht sich für die Auflösung der Fortuna Obertor AG aus, ist aber skeptisch was den Kauf der Liegenschaft durch die Stadt anbelangt. Die Auflösung der AG macht Sinn, weil der Gesellschaftszweck der AG erreicht worden ist. Es stellt sich aber die Frage, wie weiter. Die CVP ist erstaunt, dass im Rahmen der Weisung der Verkauf nicht als Option geprüft worden ist. Es gibt kaum Argumente, die für den Kauf der Liegenschaft sprechen. Einerseits stellt sich im Rahmen der Umsetzung von Fokus die Frage nach der Nutzung dieser Liegenschaft. Andererseits ist der Sanierungsbedarf grösser als die 5 Millionen, die vom Stadtrat aufgeführt werden. Das sind Risikofaktoren, die mit grossen Unsicherheiten behaftet sind. Die Stadt soll sich nicht in erster Linie als Immobilienkäuferin betätigen. Die Lage ist sehr ansprechend, das bedeutet, dass die Liegenschaften auch an private Investoren verkauft werden könnten. Die Angst vor weniger Einfluss auf das Stadtbild, teilt die CVP nicht. Der Kauf würde zudem die Investitionsrechnung belasten. 24 Millionen sind ein grosser Betrag. Der Investitionsbedarf der Stadt ist sehr gross, daher ist es fraglich, ob die Liegenschaft zu diesem Preis gekauft werden soll. Die Nationalbank hat zudem vor einer Immobilienblase gewarnt. Auch aus ordnungspolitischen Gründen kann die CVP dem Kauf nicht zustimmen. Der Kauf birgt deutliche Risiken. Es macht Sinn den Entscheid in Bezug auf Fokus abzuwarten. Zuerst muss ein Nutzungskonzept für diese Liegenschaft auf dem Tisch liegen, erst dann kann der Gemeinderat entscheiden, wie es weitergehen soll. Die CVP wird dem Rückweisungsantrag zustimmen. Einen Kauf der Liegenschaft lehnt die Fraktion ab.

D. Schraft (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion wird den Rückweisungsantrag nicht unterstützen. Die Verknüpfung mit dem Projekt Fokus ist nicht nachvollziehbar. Wenn man das Geschäft verschiebt bis Fokus umgesetzt ist, kann die Stadt nicht mehr selbständig handeln, sie kann nur noch auf die Vorgaben der AXA Winterthur reagieren. Die AXA Winterthur wird kaum so lange warten bis die Entscheidung betreffend Fokus gefallen ist. Das Projekt Fokus bedeutet zudem nicht, dass die Stadt ihre Liegenschaftenstrategie auf Eis legen wird. Die Stadt muss sich einen gewissen Handlungsspielraum erhalten. Zudem sind die Liegenschaften, die der Stadt gehören, das Tafelsilber von Winterthur. Das muss man ausbauen und nicht verkaufen. Der Wert der Liegenschaft ist sorgfältig von unabhängiger Stelle abgeklärt worden. Die Stadt bezahlt keinen überzogenen Preis. Was das Risiko angeht, verweist D. Schraft auf das Votum von M. Zeugin. Er hat das klar und deutlich dargelegt.

N. Gugger (EVP/EDU): Die EVP/EDU-Fraktion wird den Rückweisungsantrag der SVP unterstützen. Die Fraktionsmitglieder sind erstaunt über die unheilige Allianz zwischen FDP, SP, GLP und den Grünen. Die EVP/EDU-Fraktion will zuerst abwarten wie es mit Fokus weitergeht – auch wenn es Stimmen gibt, die behaupten, dass man nicht so lange warten kann. Wenn die Pensionskasse von Winterthur erklärt, dass die Rendite der Liegenschaft zu tief

ist, muss man das genau prüfen. Die Fraktion ist dem Stadtrat aber dankbar, dass er transparent und offen informiert hat. Die EVP/EDU-Fraktion wird den Rückweisungsantrag unterstützen und, wenn der Rückweisungsantrag nicht angenommen wird, die Weisung ablehnen.

M. Wenger (FDP): Die FDP ist klar für die Liquidation der Fortuna Obertor AG und für die Übernahme der Liegenschaft. Folgende Gründe sind entscheidend: Erhalt des guten Standortes am Obertor. Es handelt sich um eine gute Investition mit einer Nettorendite von 4,2 %. Ohne Reinvestition würden noch höhere Gewinne aus den Einnahmen, den Finanzausgleich eingerechnet, der aktuell noch gilt, wieder abgeführt. Es wird kein Problem sein, künftig Mieter oder Käufer zu finden. In den letzten 20 Jahren war es nie ein Problem an guten Standorten Immobilien zu vermieten oder zu verkaufen. M. Wenger kennt den Markt seit 20 Jahren. Aussenquartiere sind ein Problem, gute Standorte nicht. Diese Angst ist unbegründet. Die FDP-Fraktion wird die Rückweisung nicht unterstützen.

N. Gugger (EVP/EDU): Am Obertor steht das Haus zur Eich, darin sind seit 3 Monaten Leerbestände zu verzeichnen. 200 Quadratmeter sind zu vermieten. Man kann sich nicht einfach auf die gute Lage berufen. Das Obertor ist keine Toplage.

R. Isler (SVP): Es ist entscheidend was mit dem Projekt Fokus passiert. Der Vorwurf, dass die AXA Druck macht, stimmt so nicht. Zudem könnte die Aufsichtskommission einen Vertreter der AXA einladen. Die Befürworter drohen mit einem Szenario, das so nicht stimmt. Man muss sich überlegen, wenn der grösste Teil der Stadtverwaltung – es handelt sich um ca. 600 Arbeitsplätze – aus diesen Räumlichkeiten auszieht, dann ist die Liegenschaft leer. R. Isler kann deshalb nicht nachvollziehen, dass der Kauf befürwortet wird. Auch dem Argument, dass sich das Obertor in der Nähe des Stadthauses befindet, kann er nicht folgen. Das Stadthaus wird sich mit der Umsetzung von Fokus ebenfalls leeren. Der grosse Teil der Stadtverwaltung wird mit Fokus an einem Standort konzentriert. Die Räume an der Steinberggasse sind bereits leer. Jetzt will man auch noch ein leeres Obertor. Das ist nicht nachvollziehbar.

Stadträtin V. Gick bittet die Ratsmitglieder, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Das Geschäft ist reif. Es geht einerseits um die Auflösung der Fortuna Obertor AG und andererseits um die Ermächtigung die Liegenschaft zu kaufen. Eine Rückweisung macht dann Sinn, wenn gewisse Punkte eines Geschäfts nicht beleuchtet worden sind, wenn der Rat mehr Informationen benötigt, um in der Lage zu sein zu entscheiden oder wenn der Rat klare Aufträge geben kann, in welche Richtung das Geschäft bearbeitet werden soll. Hier wäre der Auftrag, das Geschäft in die Schublade zu legen, bis eine Volksabstimmung über ein anderes Geschäft über die Bühne gegangen ist. Stadträtin V. Gick sieht keine Chance, dass ein Mehrwert oder ein Mehrwissen für den Rat entstehen könnte.

Dass die Fortuna Obertor AG liquidiert werden muss, ist unbestritten. Wenn ein Partner einer AG, der 50 % besitzt, dieses Investment aus gutem Grund auflösen muss, dann muss man sich mit der Auflösung der AG befassen und das Geschäft sauber abwickeln. Hier stellt sich auch die Frage nach dem Erwerb der Liegenschaft. Stadträtin V. Gick sieht nichts, was dagegen spricht, wenn die Stadt eine Liegenschaft von guter Qualität, die über Jahr eine gute Rendite abgeworfen hat, im Zentrum der Stadt steht und in der es nie längere Leerstände gegeben hat, erwerben will. Auch eine Stadt braucht Grundbesitz, um diesen für die Stadtentwicklung benutzen zu können. Vielleicht wird die Liegenschaft wieder verkauft, wenn gute Gründe dafür sprechen. Als Angehörige einer liberalen Partei hat Stadträtin V. Gick keine Probleme damit, eine Investition für die Stadt zu tätigen, die eine gute Rendite verspricht. Die Liegenschaft hat immer der Stadt gehört, bis sie in die Fortuna Obertor AG eingebracht wurde, weil die Stadt 1978 einfach nicht das Geld hatte, die Liegenschaft zu sanieren. Mit dieser Partnerschaft konnte ein Gewinn für beide Parteien erzielt werden. Die Stadt hat die Liegenschaft in die AG eingebracht, die Winterthur Versicherung hat das Geld gebracht. So sind aus einer verlotterten Liegenschaft Häuser entstanden, die einen guten Ertrag abgeworfen haben. Die AXA würde sich freuen, wenn der Rat diesen Kauf ablehnen würde, weil sie diese Liegenschaft ebenfalls haben will. Dieser wichtige Grundbesitz muss aber bei der Stadt bleiben. Dass die Pensionskasse die Liegenschaft nicht wollte, hängt mit deren Anlagestra-

tegie zusammen. Die Pensionskasse will keine weiteren Direktanlagen. Grundsätzlich wäre eine Anlage mit 4,2 % Nettoendite durchaus willkommen. Aber wenn man eine Anlagestrategie für eine Pensionskasse festgelegt hat, muss man daran festhalten.

Die Investition für eine Immobilie im Finanzvermögen zieht keine Abschreibungen nach sich. Man muss sich darüber also keine Sorgen machen. Investitionen ins Verwaltungsvermögen müssen hingegen jährlich mit 10 % abgeschrieben werden. Ganz anders verhält es sich mit einer Investition ins Finanzvermögen. Die Liegenschaft ist einfach im Besitz der Stadt und wirft Ertrag ab. Diese Investition belastet die Rechnung nicht. Auch allfällig steigende Hypothekenzinsen brauchen die Ratsmitglieder nicht zu fürchten. Die Stadt nimmt keine Hypotheken auf, sie investiert über langfristige Anleihen. In der Vergangenheit wurden diese Anleihen zu günstigen Konditionen erneuert. Die Dauer der Anleihen kann bis 20 Jahre betragen. Das Leerstandsrisiko ist minimal. Wenn Fokus umgesetzt wird, kann es für ein bis zwei Jahre etwas schwieriger werden. Aber eine solche Immobilie ist eine langfristige Investition. Als Finanzvorsteherin hat Stadträtin V. Gick keine Angst, wenn vielleicht einige Räume für ein paar Monate leer stehen. Die Immobilie wird sich rechnen. Stadträtin V. Gick bittet die Ratsmitglieder, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Es gibt gute Gründe diese Investition nicht zu tätigen. Alle Fakten liegen auf dem Tisch.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass das Wort zur Rückweisung nicht mehr gewünscht wird. Sie lässt über den Rückweisungsantrag der SVP abstimmen.

Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag mit 34 zu 21 Stimmen ab.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag 1 abstimmen: „Der Liquidation der Fortuna Obertor AG wird zugestimmt.“

Der Rat stimmt der Liquidation mit grosser Mehrheit zu.

Ratspräsidentin U. Bründler lässt über den Antrag 2 abstimmen: „Der Stadtrat wird ermächtigt, die Liegenschaft Kt.-Nr. 7792, Obertor/Stadthausstrasse, 8400 Winterthur, zum Preis von 24 Millionen Franken ins Finanzvermögen zu erwerben.“

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrates mit 33 zu 20 Stimmen zu.

R. Isler (SVP), persönliche Erklärung: Die SVP ist mit dem Kauf der Liegenschaft nicht einverstanden. Sie wird deshalb das Referendum gegen diesen Kauf ergreifen – notfalls auch ein Behördenreferendum. Die SVP bittet um die entsprechenden Unterlagen bis zum nächsten Montag.

20. Traktandum

GGR-Nr. 2008/042: Beantwortung der Interpellation Y. Beutler (SP) betreffend Bierlieferverträge

Y. Beutler (SP): Mit dieser Interpellation wird zwar nicht die Welt verändert, sie zeigt aber, dass Y. Beutler ein Herz für Biertrinker hat. Die Stadt begründet die Verträge damit, dass die Mieten für die Restaurants eher tief angesetzt sind, und dass sie auch für einen guten Unterhalt der Restaurants sorgt. Die Restaurants haben 2007 einen Ertrag von 34'865 Franken gebracht. Mit den Rückvergütungen ist der Unterhalt keineswegs gewährleistet. Wäre es nicht besser, wenn die Stadt marktgerechte Umsatzpachtzinsen verlangen würde. Mit diesem Geld könnte sie dafür sorgen, dass die Infrastruktur erhalten bleibt. Den Rest könnte sie den Wirten überlassen. Sie sollen selber über die Gestaltung des Sortiments entscheiden können. Damit wird gewährleistet, dass die Biervielfalt – die Getränkevielfalt allgemein – grösser wird. Auch kleinere Brauereien hätten eine Chance Fuss zu fassen, auch in städtischen Restaurants. Die Interpellation ist bereits etwas älter, vielleicht kann Stadträtin V. Gick

noch ausführen, was für die Zukunft geplant ist. Die Lieferantenverträge laufen bald aus und müssen erneuert werden. Zu welchen Konditionen werden die neuen Verträge abgeschlossen?

M. Wäckerlin (GLP/PP): Es widerspricht der liberalen Auffassung, dass die Stadt den Restaurants und damit auch deren Kundschaft, bestimmte Bier- und Getränkesorten mit Exklusivverträgen aufzwingen will. Das ist eine Art von Marktbeeinflussung und führt auch zu hohen Preisen. Ein Vertrag mit der Stadt ist von grösserer Bedeutung als mit einem einzelnen Restaurant aber auch das ist bereits kritisch. M. Wäckerlin schliesst sich den Forderungen von Y. Beutler an. Er schlägt vor, dass der Vertrag nach dessen Ablauf am 31. Dezember 2012 aufgehoben wird. Ein neuer Vertrag soll nicht abgeschlossen werden. Der Pachtzins der Restaurants kann entsprechend erhöht werden.

Ch. Denzler (FDP) dankt im Namen der FDP dem Stadtrat für die ausführliche Antwort. Aus liberaler Sicht ist der positive finanzielle Aspekt für die Stadt zu begrüssen. Aber es wäre viel besser, wenn die Wirte frei wählen könnten, mit welchen Bierlieferanten sie Verträge abschliessen wollen. Das würde heissen, dass die Stadt als Eigentümerin am Gewinn beteiligt werden könnte. Die FDP ist gespannt auf das Jahr 2012, dann werden die Bierlieferverträge erneuert. Es ist zu hoffen, dass die Stadt auf die Forderungen eingeht und die Wirte selber wählen lässt.

D. Berger (Grüne/AL): Die Biervielfalt ist unter Bierliebhabern immer wieder ein heisses Thema. Seit den Feldzügen von Heineken, Carlsberg und anderen Biergiganten in der Schweiz, sind viele Biermarken verlorengegangen und viele Standorte geschlossen worden. Auch Winterthur war davon betroffen. Dadurch sind Arbeitsplätze im Brauereiwesen verloren gegangen. Lichtblicke sind neue, lokale Kleinbrauereien, die in die Bresche gesprungen sind und vor Ort wieder Bier brauen. Durch die strikten Lieferverträge haben es die Kleinbrauereien schwer, sich Zugang auf grössere Märkte zu verschaffen, weil diese unter den Monopolisten aufgeteilt sind. Im Falle der Bierlieferverträge ist es störend, dass die Gastrobetriebe nicht frei wählen können, mit welchen Lieferanten sie Verträge abschliessen. D. Berger weiss nicht, wie sich die Wirte zu den Bierlieferverträgen stellen. Vielleicht finden sie es praktisch, dass die Stadt diese aushandelt. Es ist sicher auch ein Fakt, dass die einzelnen Wirte erneut bei einer Grossbrauerei landen werden, die gewisse Vorgaben macht. Das ist der springende Punkt. D. Berger möchte wissen, wie die neuen Vertragsverhandlungen ablaufen werden. Was hat die Stadt vor? Wird sie verschiedene Anbieter in die Verhandlungen involvieren? Da die Stadt ein grosser Abnehmer von Bier ist, hat sie einiges Gewicht. Es wäre begrüssenswert, wenn sie günstige Konditionen aushandeln könnte, damit auch kleinere Brauereien Zugang zu diesem Markt erhalten, damit nicht ausschliesslich Haldengut oder Heineken verkauft werden.

W. Schurter (CVP): Die CVP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Einerseits sind die rund 100'000 Franken, die die Stadt Winterthur in den vergangenen 5 Jahren aus den Rückvergütungen erhalten hat willkommen, andererseits behindern diese mehrjährigen Verträge den Wettbewerb und somit die Vielfalt des Getränkesortiments. Die CVP will das eigentlich nicht fördern. Sofern aber den Pächtern der Stadt im Vergleich zu privaten Anbietern weiterhin ein gutes Preis- Leistungs paket angeboten wird, ist es in Ordnung, dass die Stadt die Rückvergütungen aus den Bierlieferverträgen behält. Andernfalls sind diese den Pächtern auszuzahlen.

Ch. Kern (SVP): Die Beantwortung dieser Interpellation hat zwei Seiten. Einerseits ist es unverständlich, dass mit Bierlieferanten so langfristige Verträge abgeschlossen werden. Das ist nicht zeitgemäss und unnötig. Man hätte ein Instrument in der Hand, um bessere Preise auszuhandeln. Die 18 % Rückvergütung, die die Stadt erhält, sind mehr als spärlich. Das erhält jedes Bistro. Es ist unerklärlich, dass keine höhere Rückvergütung ausgehandelt wurde. Man hätte locker 22 oder 23 % herausholen können. Dieser Vertrag ist nicht nur zu langfristig sondern auch noch schlecht. Die Biermenge, die aufgrund der Anzahl der Restaurants abgerechnet wurde, ist ebenfalls ausserordentlich spärlich. Das lässt die Frage offen, ob sich

jedes Restaurant an die Lieferverträge hält und nicht selber noch Bier einkauft. Wenn man diese Biermengen genauer unter die Lupe nimmt, kommt man zum Schluss, dass etwas nicht stimmen kann. Richtig ist, dass die Pachtzinsen human sind. Das ist nachvollziehbar. Wenn man davon ausgeht, dass der eine oder andere Pachtfranken nicht in der Stadtkasse landet, macht es Sinn, dass die Rückvergütungen in die Stadtkasse fliessen. Wenn die Stadt Verträge aushandelt, sollen diese lukrativ sein. Vor allem können höhere Rückvergütungen und eine kürzere Vertragsdauer ausgehandelt werden.

Stadträtin V. Gick muss gestehen, die Antwort war ihr nicht mehr so geläufig, sie ist auch relativ alt. Die Bierlieferverträge laufen 2012 aus. Dann werden die Konditionen und auch die Vertragspartner neu überdacht. Der Stadtrat nimmt die Voten der Ratsmitglieder ernst. Die Stadträtin hängt persönlich nicht an diesen Bierlieferverträgen. Sie wurden alle vor ihrer Zeit abgeschlossen. Dass die Rückvergütung aktuell in die Stadtkasse fliesst, ist richtig und wurde so mit den Pächtern vereinbart. Aus der Pächterschaft sind keine Klagen oder Beschwerden über die Bierlieferverträge zu hören. Es ist dem Stadtrat wichtig die Vielfalt zu stärken und lokalen Bieren Eingang ins Sortiment der städtischen Restaurants zu ermöglichen. Darauf wird der Stadtrat auch achten.

Ratspräsidentin U. Bründler stellt fest, dass es keine Wortmeldungen mehr gibt. Damit ist die Interpellation erledigt und abgeschlossen.

Statistik: Eingereicht: 2 Vorstösse, erledigt: 8 Vorstösse, Saldo: minus 6.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. **B2008/310: Akyol Hamza, geb. 1955 und Ehefrau Akyol geb. Yüzaak Hatun, geb. 1959, türkische Staatsangehörige**

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

2. **B2009/136: Salihi Besnik, geb. 1985, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger**

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

3. **B2009/146: Mahmuljin Nijaz, geb. 1976, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger**

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

4. B2009/165: Gherman Claris, geb. 1953, dänische Staatsangehörige

M. Meyer (SP): Die Bürgerrechtskommission beantragt Frau Gherman aufgrund mangelhafter Kenntnisse um ein halbes Jahr zurückzustellen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:2 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um ein halbes Jahr.

5. B2009/173: Shitsetsang Kesang Dolkar, geb. 1968, chinesische Staatsangehörige (tibetischer Herk.)

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2009/182: Ayache Jihad, geb. 1970, mit Kindern Ali, geb. 2006 und Joelle, geb. 2008, libanesischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2009/188: Tongmamunee Supansa, geb. 1979, thailändische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2009/227: Schneider Christian, geb. 1980, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2009/228: Thaqi Florije, geb. 1964, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2009/229: Agaj Adem, geb. 1957 und Ehefrau Agaj geb. Smajli Havë, geb. 1969, serbische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2010/026, Tatli Mehmet Siar, geb. 1995, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2010/028: Gigi Nayana, geb. 1996, österreichische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2010/031: Selimovic Senaida, geb. 1996, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2010/043: Kovac Martin, geb. 1998, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin U. Bründler gratuliert den Kandidatinnen und Kandidaten zur Aufnahme ins Winterthurer Bürgerrecht und wünscht ihnen viel Glück auf dem Weg zum Schweizer Bürgerrecht.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

U. Bründler-Krismer (CVP)

D. Schraft (Grüne)

J. Lisibach (SVP)